

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Hitler vor den Toren!

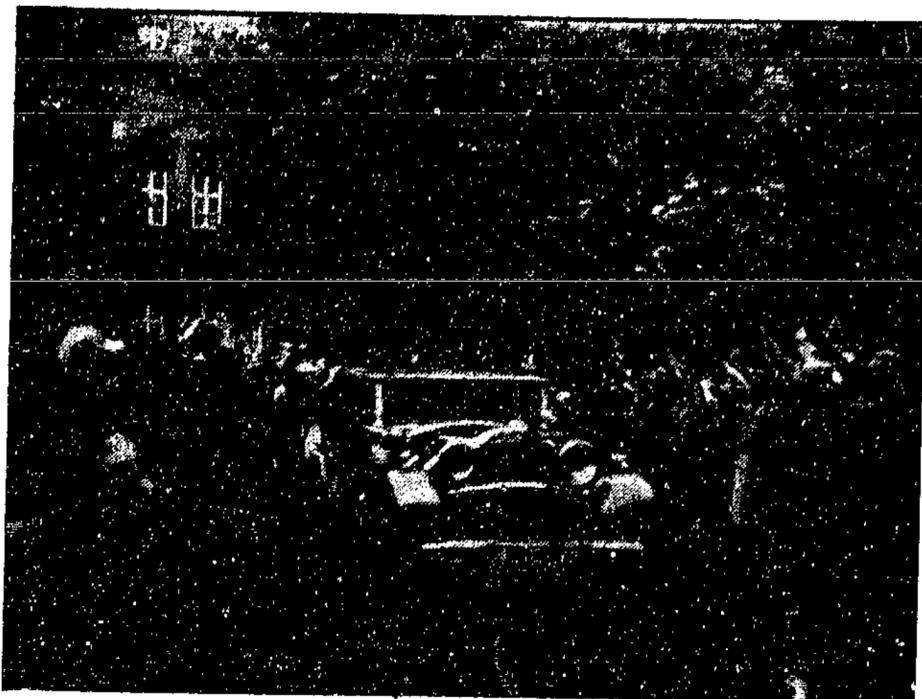
Faschistentumulte Unter den Linden

Goebbels organisiert Straßenkundgebungen vor dem
Severingministerium — „Heil Hindenburg, er hat
Brüning gestürzt“ — Der Straßenterror setzt ein

Während der Verhandlungen über die Regierungsbildung hat die Nationalsozialistische Partei, die sich bereits als Herrin der Lage fühlt, in dem Berliner Regierungsviertel Straßenkundgebungen aufgezogen, die, obgleich sich daran nur organisierte SA-Abteilungen beteiligten, zu schweren Straßekrawallen führten. Am Brandenburger Tor wurde die aufziehende Wache mit „Heil Hitler“- und „Deutschland, erwache“-Rufen begrüßt.

Anschließend zogen dann die Nazis, die sonst so peinlich gehütete Bannmeile durchbrechend, Unter den Linden hinunter. Sie erhielten aus der Wilhelmstraße und der

Eisernen Front mit den drei Pfeilen trug, zu Boden geschlagen und mißhandelt. Die Polizei wurde von den Braunhemden, die die Linden und die Wilhelmstraße bevölkerten, als sie sie endlich auseinanderzutreiben versuchte, mit Pflastersteinen beworfen. Verhaftungen unterblieben. Ein weiterer Zusammenstoß erfolgte in der Gegend des Reichswehrministeriums, wo gleichfalls eine organisierte Kundgebung mehrerer hundert Nazis stattfand, die die Polizei, als sie sie sanft aufzulösen versuchte, angriffen, bis die Polizei Schreckschüsse abgab. Hier wurden im ganzen vier Nazis sistiert.



Hitler beim Verlassen des Reichspräsidentenpalais.

Voßstraße organisierten Zuzug, der dort verteilten „ehemaligen“ SA. Es kam zu großen Beifallkundgebungen für Hindenburg mit dem Ruf: „Heil Hindenburg, er hat Brüning gestürzt“. Goebbels erschien plötzlich vor dem preußischen Innenministerium auf einem Lastauto und hielt eine Hetzrede. Die Polizeistreife griff nicht ein. Erst nach einiger Zeit erschien berittene Polizei, vor der die Demonstration auseinanderwich.

Die SA-Leute begleiteten in lärmenden Zügen die Wache und sangen nationalsozialistische Lieder. Ueberall wurden fliegende Versammlungen organisiert. An der Moltkebrücke wurde ein Mädchen, das ein Abzeichen der

Großschlacht bei Charbin

Aus Tokio kommen Meldungen, daß eine gemischte japanisch-mandschurische Armee unter Führung des japanischen Oberbefehlshabers General Honjo, unterstützt von zwölf großen Bombenflugzeugen, den chinesischen „Freischärlern“ bei Charbin eine zwanzigtündige Schlacht geliefert habe. Die chinesische Armee unter General Ma, der sich zum bittersten Feind der neuen Republik „Mandschukuo“ entwickelt hat, soll Verluste von 4000 Toten erlitten haben.

Papen Reichskanzler Hitlers Statthalter

Kurzes „Uebergangskabinet“, dann Reichstags-
Neuwahlen, dann: Alle Macht Adolf Hitler!

Der rechte Zentrumsmann Papen ist zum Reichskanzler, zum Statthalter der kommenden Hitlerdiktatur ernannt. Für eine kurze, sehr kurze Uebergangszeit. Der legale Weg für den Faschismus ist frei! Diese Tatsache tritt immer klarer als Ergebnis des Ministersturzes ins Licht.

Es ist notwendig, auszusprechen, was ist: Wenn nicht in der aller kürzesten Frist die gemeinsame Abwehraktion aller Arbeiterorganisationen einsetzt, kann das Verhängnis nicht mehr abgewehrt werden.

Niemand leugnet mehr, daß Brüning gestürzt wurde, weil er sich weigerte, sofort den Kurs auf einen Block mit den Nationalsozialisten zu schwenken. Hindenburg, die Reichwehrkamarilla, die Junker und die Herren der Industrie und der Banken, die Hitler sofort zur Regierungsbeteiligung heranziehen wollten, erhielten schon gestern die Quittung des Faschismus. Sie lautet: Alle Macht für Hitler! Das ist die Antwort der Nationalsozialisten. Sie fordern jetzt die ganze Lösung, die Mindestforderung, schreibt der „Angriff“, ist die sofortige Aufhebung des SA-Verbotes, unter dieser Bedingung wird ein kurzes Uebergangskabinet toleriert. Ein

Uebergangskabinet, daß schon bei der Bildung die mit Hitler vereinbarte Reichstagsauflösungsorder für die Zeit nach der Ernte in der Tasche hat. Die weiteren Forderungen der Nazis sind: Aufhebung aller Demonstrations- und Presseverbote für die Faschisten, Auslieferung des Rundfunks, Amnestie für alle faschistischen Verbrechen und Uebergabe der Macht im Reich und in Preußen.

Das „System“ hißt die weiße Fahne. Diese Forderungen werden erfüllt werden, Hindenburg, der Erwählte der Sozialdemokratie, ist ihr Garant. Adolf Hitler, triumphiert der „Angriff“, äußerte sich über den Verlauf der Aussprache mit dem Reichspräsidenten äußerst zufrieden. In den Straßen Berlins johlten die Nazidemonstranten: „Heil Hindenburg!“

In der Presse der imperialistischen Gegner Deutschlands hat die jähe Wendung in Deutschland einen Großalarm ausgelöst. Die Auslieferung des Staatsapparates an die faschistische Kriegspartei erfährt im imperialistischen Polen, Frankreich und England ein entsprechendes Echo. Die Katastrophe hat begonnen. Niemand kann ihr mehr steuern als die

Proletarische Einheitsfront!

Japan will Ostsibirien einstecken

Die zwischen Moskau und Tokio herrschende Spannung hat nach der Stellungnahme einiger japanischer Blätter gegen die Sowjetunion einen neuen Grad der Schärfe erreicht. Sowohl die regierungsamtliche „Iswestija“ wie das Organ der Komintern, die „Prawda“, veröffentlichten Aufsätze, die der sowjetrussischen Alarmstimmung Ausdruck geben und in denen die Angriffe Japans scharf zurückgewiesen werden. Die Blätter schreiben, daß die imperialistischen Kreise Japans gleichzeitig mit den beruhigenden Versicherungen der japanischen Diplomaten eine unverhüllte und zügellose Propaganda für einen Ueberfall auf die Sowjetunion und für die Besitzergreifung des Fernen Ostens führen.

Die „Iswestija“ zitiert einen Aufsatz der japanischen Zeitung „Nitschi-Nitschi“, in dem die japanische öffentliche Meinung gegen die Sowjetunion aufgehetzt wird, sowie einen anderen Artikel des Blattes „Nihon“, in dem offen zu dem Abschluß eines Uebereinkom-

mens mit Amerika gegen die Sowjetunion aufgefordert wird. Was diese Zeitung empfiehlt, soll auf eine Wegnahme Ostsibiriens bis zum Baikalsee hinauslaufen.

Die „Iswestija“ schreibt, die Sowjetunion verlange von Japan nichts anderes, als die Achtung der Grenzen und der Interessen Sowjetrußlands. Moskau sei stets bestrebt, die gutnachbarlichen Beziehungen zu Japan aufrechtzuerhalten. Auch das Geschrei der imperialistischen Presse Japans werde Sowjetrußland keine Furcht einflößen. Wenn das japanische Volk in ein neues Abenteuer hineingehetzt werden würde, dann würde sich Japan an Sibirien die Zähne ausbeißen. Schon einmal sei Japan in Sibirien eingebrochen. Dies habe das japanische Volk aber wert über eine Milliarde an Geld und Ströme von Blut gekostet. Japan überschätze seine Kräfte. Ein Einbruch in den russischen Fernosten würde ihm teuer zu stehen kommen. Sibirien sei keine offene Straße, auf der die japanischen Militärs ungestraft spazieren können.

Hindenburgs Hitler-Lösung

Reichstagsauflösung zugestanden.
Übergangskabinetts der „altpreußischen
Leute“. — Tolerierungsfront vom
Zentrum bis Nazis.

h. J. Berlin, 31. Mai 1932.

Die Unterhaltungen, die Hindenburg nach dem Empfang des Reichstagspräsidenten Loh mit den Führern der beiden stärksten Fraktionen geführt hat — fünf Minuten mit den Sozialdemokraten, anderthalb Stunden mit Hitler! —, sind folgerichtig nach dem Empfang Hitlers abgebrochen worden. Der ursprüngliche Plan Hindenburgs, einen der Naziführer den Versuch der streng „parlamentarischen“ Regierungsbildung machen zu lassen und nach dessen voraussichtlichem Scheitern einen ebenso bedingten und daher unausführbaren Auftrag dem demissionierenden Brüning zu erteilen, zu dem Ziel, ihn nach einer derart betätigten „Vertrauenskundgebung“ als Außenminister einer auf keine parlamentarische Koalition gestützten reinen Präsidialregierung weiter zu verwenden, kam nicht zur Ausführung, weil Staatssekretär Meißner seinem „Herrn“ volle Klarheit darüber bringen konnte, daß die Naziaktion die Uebernahme der Regierung nur unter gleichzeitiger Akkordierung von Reichstagsneuwahlen akzeptieren werde.

Hitler hat dem Reichspräsidenten diese Forderung ausdrücklich bestätigt und die Unterhaltung hat dann, wie man von nationalsozialistischer Seite hört, ein Einverständnis darüber ergeben, daß die von einem Vertrauensmann des Reichspräsidenten geführte, alsbald zu bildende, neue Regierung als ein Übergangskabinetts zu betrachten sei, dessen Hauptaufgabe darin bestehen soll, den Reichstag vom 14. September 1930 zu einem noch nicht näher bestimmten Zeitpunkt aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen.

Bis zu diesem Termin würden die Nationalsozialisten die Präsidialregierung Hindenburgs „tolerieren“. Die Gegenleistung würde in der Auffassung der der Stärke der neuen stillen Koalitionspartei angemessenen Regierungs- und Verwaltungsbeamtenstellungen im Reich und in der Anwartschaft auf die preußische Regierung bestehen.

Der „Tolerierung“ durch die Zentrumsparlei glaubt man sich im Präsidentenhaus nach dem Verlauf des Empfanges von Prälat Kaas heute mittag sicher.

★

Was wird aus Lausanne?

Eine Auswirkung der deutschen Staatskrise scheint im Augenblick schon festzustehen. Die Konferenz von Lausanne-Ouchy, die am 16. Juni beginnen sollte, wird mindestens vertagt, wenn nicht überhaupt aufgehoben werden.

Heute hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in London offiziell mitteilen lassen, daß sie Mac Donalds Einladung zur Teilnahme an der Konferenz nicht zu folgen vermöchte.

Auch Herriots Neigung, sich dem berühmten „deutschen Nein“ anzusetzen, wird von informierten französischen bürgerlichen Kreisen als nicht sehr groß geschildert — und Herr Mac Donald selbst, der noch an den Folgen seiner schweren Erkrankung laboriert, wird im Londoner Kabinetts durch Neville Chamberlain und Stanley Baldwin vertreten, von denen ebenfalls nicht viel Interesse an dem Zustandekommen dieser Reparationskonferenz erwartet werden darf.

Späte Einsicht!

Eine Erklärung Wilhelm Piecks

Zur Lage der Regierungsbildung in Preußen erklärte Wilhelm Pieck, der Führer der Landtagsfraktion der KP für Pressevertreter, daß die Kommunisten alle ordnungsgemäßen Mittel anwenden würden, um die Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten zu verhindern. Zu der Frage der Regierungsbildung und hinsichtlich etwaiger Anträge auf Auflösung des Landtages betonte Pieck, daß die Kommunisten im Augenblick derartige Anträge ablehnen würden (für die Ablehnung ähnlicher Anträge im Reichstag wurden unsere SAP-Genossen noch vor vierzehn Tagen von den Kommunisten beschimpft! Die Red.). Die KPD trete für Auflösung des Parlaments dann ein, wenn sie den Zeitpunkt für gekommen ersehe. Die Kommunisten lehnen im Einklang mit der Kommunisten-Internationale jeden individuellen Terror gegen den Faschismus ab. Der Redner ist für die Einheitsfront aller Arbeiter, auch der christlichen Gewerkschaften, an die die Kommunisten appellieren werden, und für die Durchführung von Massenstreiks. Pieck erklärte, die KPD werde auch den deutschnationalen Antrag ablehnen, wonach die alte Geschäftsordnung in ihrer ursprünglichen Fassung wiederhergestellt werden soll.

„Hitler ante portas“

Das Echo des Kanzlersturzes im Ausland Überall größte Befürchtungen über die weitere Entwicklung

Wie für Deutschland, so war der Kanzlersturz auch für das gesamte Ausland die große Sensation der letzten Tage, über deren Betrachtung alles andere in den Hintergrund tritt. Soweit Pressestimmen bis jetzt vorliegen, herrscht überall Einmütigkeit darüber, daß das Verschwinden Brünings von der politischen Bühne eine bedrohliche Verschärfung der gesamten Weltlage darstelle, und zwar weniger darum, weil man in Brüning etwa eine Gewähr gegen nationalistische Abenteuer erblickt hätte — dieser Nimbus um Brüning bestand nur noch in den Illusionen der deutschen Sozialdemokratie —, sondern weil der Sturz Brünings jetzt jene Kräfte offen in den Vordergrund treten läßt, die auf direkte Aktion drängen.

Eine andere Deutung ist der Aktion des Reichspräsidenten und seiner Hintermänner auch gar nicht zu geben, denn wäre man nicht gewillt und entschlossen, an Stelle von Verhandlungen Handlungen treten zu lassen, dann hätten die Generäle, Junker und Schwerindustriellen wenigstens noch die Lausanner Konferenz abgewartet. Deren Chancen waren nun freilich für die deutsche Großbourgeoisie von Tag zu Tag dünner geworden und so mag der Entschluß gereift sein, diese Konferenz erst gar nicht abzuwarten. Nicht weil man, um mit Brüning zu reden, in diesen Kreisen „in den letzten fünf Minuten weich“ wurde, sondern weil umgekehrt das Gefühl der Stärke dank der Naziwooge derart zunahm, daß Brüning plötzlich selber als zu weich erschien.

Hier einige charakteristische Stimmen des Auslandes:

In Frankreich

Obwohl man in Paris bereits mit dem Rücktritt des Kabinetts Brüning rechnete, hat die Nachricht von der Tatsache des Rücktritts hier doch ungeheures Aufsehen erregt.

Das „Journal“ fürchtet, daß mit Brüning der letzte Wall vor einer neuen Inflation gefallen sei. Der Berliner Mitarbeiter des Blattes meint, daß der Kanzler sich zurückgezogen habe, weil er sehe, daß Deutschland mit einer Rechtsregierung in das Chaos gestürzt werde.

Der „Petit Parisien“ schließt seine Betrachtungen mit der Feststellung, daß die Lösung der französischen Krise durch die Klärung der Lage in Deutschland erleichtert werde.

Das „Journal des Debats“ betont, daß der Sturz der Reichsregierung an den deutschen außenpolitischen Bestrebungen praktisch nichts ändern werde. Es komme nur ein Wechsel der Methode in Frage. Brüning habe nie aufgehört, die Gedankengänge des Reichspräsidenten zu vertreten, die ihrerseits in den wesentlichsten Punkten den Ideen Hitlers entsprächen. Die erste Pflicht der französischen Regierung sei es, mit allen Fehlern und Dummheiten aufzukommen, die in den letzten sieben Jahren in bezug auf die Liquidation des Krieges und die pazifistische Politik gemacht worden seien. Stresemann habe Herriot seinerzeit versichert, daß Deutschland durch Zugeständnisse beruhigt werden könnte. Alle Zugeständnisse seien von seiten Frankreichs gemacht worden, und trotzdem stehe man jetzt einem nationalistischen Reich gegenüber.

Der „Temps“ führt u. a. aus, daß die Taktik Brünings, seine innere Politik mit der Rechten und die Außenpolitik mit der Sozialdemokratie zu machen, nicht aufrechtzuerhalten war. Mit der Politik der Linken und der Mittelparteien sei es jetzt zu Ende.

Die „Liberté“ stellt in der Überschrift fest, daß der Rücktritt des Kanzlers den endgültigen Triumph der Rechtsparteien besiegelt.

Im „Echo de Paris“ kommt Pertinax zu dem Schluß, daß die Sieger des Tages die Generäle der Reichswehr und die der Weimarer Republik feindlich gesinnte hohe Beamtenschaft seien. Die Leute, die bisher hinter den Kulissen gewirkt hätten, schoben sich jetzt auf die offene Bühne vor. Ein schroffer Bruch mit dem bisherigen innenpolitischen und außenpolitischen Programm sei kaum zu erwarten. Das alte Programm erscheine jedoch bedrohlich genug, und man müsse sich fragen, ob die zur Macht gelangenden Radikalsozialisten in Frankreich begreifen würden, daß das sogenannte Neue Deutschland nur ein Traum war.

Die Herriot nahestehende „Ere Nouvelle“ betont, die auf Hindenburg gesetzten Hoffnungen der Linken seien enttäuscht worden. Man könne von einem 80jährigen nicht verlangen, daß er zugunsten der Demokratie seine Vergangenheit preisgebe. Von der Politik von Weimar könne man jetzt nur noch zurückdenkend reden.

Der sozialistische „Populaire“ meint, Deutschland stünden düstere Tage bevor. Das letzte republikanische Kabinetts sei gegangen.

In England

Der Rücktritt Brünings steht im Mittelpunkt der Londoner Pressebetrachtungen.

Die „Times“ schreibt, schon die Rede Brünings im Reichstag habe gezeigt, daß er nicht mehr Herr der Lage gewesen sei. Im Hinblick darauf, daß zur Zeit keine der deutschen Parteien die Verantwortung für die

Verhandlungen in Lausanne übernehmen wolle, da sich die Gegner Brünings anscheinend über ihre Politik für Lausanne noch nicht im klaren wären, könne man nur sagen, daß eine Zeitspanne politischer Unsicherheit bevorstehe, in der die Sozialdemokraten in den Hintergrund treten und die Rechtsparteien mächtiger werden.

„Daily Telegraph“ meint, daß die deutsche Forderung nach Streichung der Tribute in Lausanne stets dieselbe bleiben werde. Aber die Atmosphäre in Lausanne und in Genf würde vielleicht dadurch gestört, daß die nüchternen und zum Einlenken geneigte Richtung in Deutschland geschlagen sei und daß diejenigen Herren der Lage würden, die den nationalen Willen zum Widerstand vertreten.

„Morningpost“ glaubt, daß mächtigere Personen als Hitler und mächtigere Kräfte als die Nationalsozialisten am Werke wären, um den Fall Brünings herbeizuführen. Man könne unter den jetzigen Umständen daher kaum viel von Lausanne erwarten. Man könne sich des Eindruckes nicht erwehren, daß das Gefühl des Nationalismus, welches jetzt in Deutschland herrscht, unwillkürlich auch in den übrigen Teilen Europas verstärkt werde.

„Daily Herald“ äußert starke Befürchtungen, daß durch die Ereignisse in Deutschland ein Grund für die Vertagung der Lausanner Konferenz gefunden würde. Ganz gleich, ob eine deutsche Krise bestehe oder nicht, die Lausanner Konferenz müsse stattfinden, und man müsse dort vor allem die großen Probleme der Welt erörtern.

In Polen

Die Warschauer Presse, soweit sie zum Rücktritt des Reichskabinetts schon Stellung nimmt, ist beinahe ausschließlich der Meinung, daß der Rücktritt nicht allein aus innenpolitischen Gründen erfolgt sei, sondern daß in weit höherem Maße außenpolitische Ursachen den Rücktritt des Reichskanzlers Brüning veranlaßt hätten. Man neigt daher in der polnischen Presse allgemein zu der Ansicht, daß eine Rechtsregierung im Anmarsch sei, die vor allen Dingen in außenpolitischen Dingen einen radikalen und tatkräftigen Kurs im Sinne der Nationalsozialisten einschlagen dürfte. Brüning sei, so sagt z. B. der regierungsfreundliche „Express Poranny“, für die heute maßgebenden Männer wie Hindenburg, Schleicher und Hitler, zumal in anbetracht der bevorstehenden Konferenz in Lausanne, viel zu weich, zu demokratisch, zu weimarisch und dadurch auch viel zu versäillich, und es gehe gerade um die Beseitigung des Versailler Vertrages. Vielfach ertönt in den polnischen Blättern der ängstliche Ruf „Hitler ante portas“.

In der Schweiz

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, das Vorwalten außerparlamentarischer Kräfte ist gegenwärtig kennzeichnend in der Bestimmung der politischen Führung Deutschlands. Wenn ein politischer Sinn in der Verabschiedung Brünings liegt, so müsse die Frage nach einem bevorstehenden Kurswechsel glatt

Die SPD im Lichte ausländischer Sozialisten Sozialdemokraten antworten Breitscheid

In einer Rede, die Breitscheid kürzlich in Zürich hielt, führte er öffentlich Beschwerde über einen in der sozialdemokratischen „Volksstimme“ von St. Gallen erschienenen Artikel, in dem u. a. mit nur allzu großer Berechtigung erklärt worden war:

„Solange in der gewerkschaftlichen wie in der politischen Internationale die Deutschen maßgebend sind, die nie einen sauberen Schnitt gegenüber den Kriegsmachern von 1914 gemacht haben und die auch heute wieder in der nationalen Einheitsfront gegen „Feindbund“ und „Schmachtfrieden“ mitten drinstecken, so lange wird keine wirkliche Aktion zur Zerstörung des hauptsächlichsten Kriegsherdes, der heute aufs neue Deutschland heißt, möglich sein.“

In ihrer Ausgabe vom 25. Mai kommt nun die „Volksstimme“ auf die Breitscheidsche Anzapfung zurück. Das Blatt erteilt dem ewigen deutschen Außenminister in spe eine Antwort, die zugleich eine treffende Charakterisierung der SPD vom Standpunkt des Internationalismus ist und gerade in dem gegenwärtigen Augenblick politischer Hochspannung weiteste Beachtung verdient.

Das Blatt schreibt u. a.:

Was tut die SPD tatsächlich?

Sie bestärkt das deutsche Volk in seinem Glauben an Deutschlands Unschuld gegenüber dem Kriegsausbruch; Führer wie Severing und Sollmann beteiligen sich in hervorragendem Maße an dem großen Feldzug gegen die „Schuldfrage“ und arbeiten damit Hugenberg und Hitler prächtig in die Hände;

bejaht werden. Hindenburg hätte den Kanzler nicht gehen lassen, wenn er nicht überzeugt wäre, daß etwas „anders“ gemacht werden müsse als bisher. Mit einer Verschärfung der schon unter Brüning hervorgetretenen Diktaturneigung könne bestimmt gerechnet werden.

Stimmen aus anderen Ländern

Die „Prager Presse“ schreibt in einem Artikel „Neudeck — das neue Rominten“: Ueber die Bedeutung der Ereignisse ist zum Sturze des Kabinetts Brüning noch zu sagen, daß damit das Schicksal des deutschen Parlamentarismus wieder einmal besiegelt ist. Reichskanzler Brüning war aus den letzten Parliamentskämpfen immer wieder mit einer für die heutigen Zeiten durchaus annehmbaren Mehrheit hervorgegangen. Sein Sturz ist erfolgt, weil ihm das Staatsoberhaupt das Vertrauen entzogen hat. So war es zur Zeit Wilhelms II., wo parlamentarische Mehrheitsfragen völlig bedeutungslos waren für die Frage, wer regierte und welcher Kurs gehalten wurde.

TU. New York, 31. Mai 1932

Die republikanische Zeitung „Herald Tribune“ vertritt die Auffassung, daß die innenpolitische Lage Deutschlands ein Kompromiß zwischen den bisherigen Regierungsparteien und Hitler oder Hugenberg nicht zulasse. Das Blatt glaubt, daß eine Koalition der Rechtsparteien zustandekommt, der möglicherweise auch der rechte Flügel des Zentrums angehören werde. Weiterhin macht das Blatt dem Reichspräsidenten zum Vorwurf, daß er den Ratschlägen rechtstehender Elemente Gehör schenke, und meint, die Entscheidung Hindenburgs entspreche nicht dem Willen der Mehrheit des Volkes.

Börse rechnet mit Inflation

Die heutige Berliner Wertpapierbörse setzte auffallend fest ein. Die Standardwerte wurden im Durchschnitt 3 bis 7 v. H. höher bewertet. Farben zogen auf 89 (84), Continental Gummi auf 97 (90), Salzedeturth auf 158 (150), Reichsbankanteile auf 120 (116), Siemens auf 119 (114) an. Auch die übrigen Märkte lagen ausgesprochen fest. Dagegen verkehrte der Rentenmarkt in schwacher Haltung. Deutsche Industrieobligationen verloren bis zu 2 v. H. Auch Goldpfandbriefe gaben im gleichen Ausmaß nach. In Stadtanleihen hielt das Angebot an.

★

Es ist offene Inrechnungstellung einer möglichen Inflation; mit der die deutsche Börse auf den Regierungsturz reagiert. Darauf verweist besonders der Umstand, daß die festverzinslichen Werte der Hausbewegung nicht nur nicht gefolgt sind, sondern im Gegenteil noch an Wert eingebüßt haben.

Im Gegensatz zu Rentenpapieren sind Aktien nämlich Rechtstitel auf Sachwerte. Hinter diesen Papieren stehen Gebäude, Maschinen usw., deren Sachwert durch eine Inflation nicht berührt wird. Fällt der Geldwert, dann steigen darum entsprechend die Aktienkurse. Wenn darum die Aktien heute an der Börse höher bewertet werden, dann wird damit nur eine Entwicklung vorweggenommen, mit der die beteiligten Kreise ganz offenkundig rechnen.

von einer grundsätzlichen Abschüttelung der verhängnisvollen sozialdemokratischen Kriegs- und Durchhaltepolitik der Jahre 1914 bis 1918 ist gar keine Rede.

Die SPD macht wacker mit in der Denunzierung des Friedensvertrages und denkt nicht von ferns daran, dem Volk zu zeigen, daß Versailles nur die Folge von Brest-Litowsk und Bukarest und weiterhin der ganzen barbarischen deutschen Kriegführung und verbrecherischen Kriegsentfesselung ist.

Sie sind in nationaler Einheitsfront mit dem Bürgertum im Ruhrkrieg, den die deutsche Schwerindustrie provoziert hat und der Deutschland aufs neue zum Verhängnis geworden ist.

Sie war blind gegenüber der verlogenen Völkerbundspolitik der Reichsregierung, die unter pazifistischer Maske rein imperialistische Ziele verfolgt. Sie deckte die Panzerkreuzerpolitik und begeisterte sich für die Angliederung Oesterreichs an Deutschland, die einen friedengefährdenden mitteleuropäischen Block schafften und, nebenbei gesagt, auch die Schwäls bedrohen und benachteiligen würde...

Kurz, die SPD fördert auf der ganzen Linie die nationalistische Aufrüstung der Geister in Deutschland und damit wider Willen auch die militärische Aufrüstung.

Eine Feststellung, die heute nur noch durch die andere zu ergänzen wäre, daß dieselben Kräfte, die die SPD gefördert hat, sie zum Dank dafür zur Rolle eines Aschenputtels des Imperialismus degradiert hat.

Dunkle Zeugen im Felsenack-Prozeß

Staatsanwalt als Offizialverteidigung der Nazis

Berlin, 31. Mai 1932.

Mit der Vernehmung der Polizeizeugen ist der Felsenack-Prozeß in sein entscheidendes Stadium eingetreten. Heute wurde der Polizeiwachtmeister Oldenstedt vernommen, gegen den die Verteidigung bereits

Melheidsanzeige

erstattet hat. Außerdem steht er im Verdacht, dem vermutlichen Mörder Klemke, dem Nazimann Greven, über dessen Verbleiben die Staatsanwaltschaft sich in Dunkel hüllt, die Pistole zur Tat gegeben zu haben, d. h. er wird der

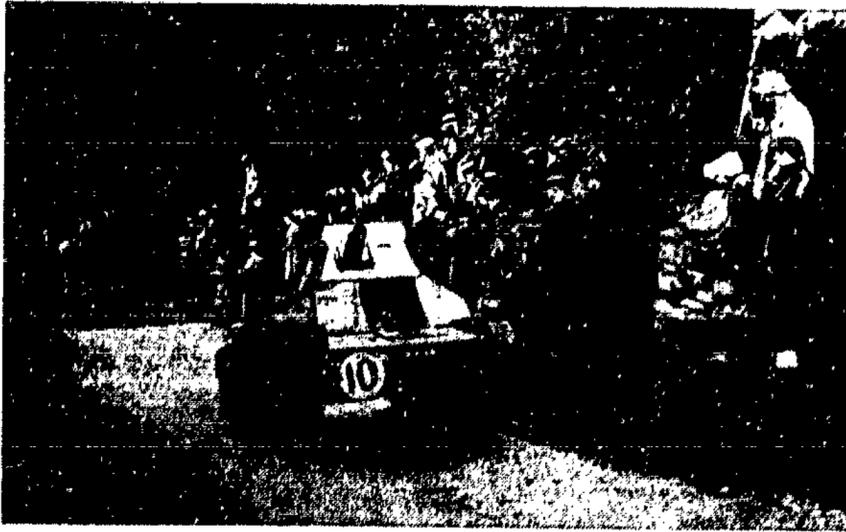
Beihilfe zum Mord bezichtigt.

Oldenstedt soll im Beisein eines Nationalsozialisten ein schwer kompromittierendes Telefongespräch geführt haben. Bei der Alarmierung des Ueberfallkommandos soll er im Beisein eines Teilnehmers des Nazi-Zuges geäußert haben: „Hier ist Theo. Wir sind von Kommunisten überfallen worden.“

Bei der Vernehmung macht O. einen sehr unsicheren Eindruck. Er behauptet, daß ihn der wachhabende Beamte „nicht verstanden“ habe, und daß er sich deshalb den Führer des Ueberfallwagens geben ließ. Es sei nicht ausgeschlossen, daß sein Gespräch infolge der offenen Telephonzelle abgehört worden sei, er will aber nichts davon bemerkt haben. Auch die Möglichkeit, daß er sich Theo genannt habe, stellt er nicht mit Bestimmtheit in Abrede. Im übrigen bestreitet er die Behauptungen der Verteidigung. Schwer belastend sind aber zwei weitere von der Verteidigung vorgetragene Äußerungen des Zeugen, die von Bewohnern des Hauses Bernerstraße 29 gehört wurden. Zu einem Hausbewohner soll O. geäußert haben: „Der tote Klemke läßt mir keine Ruhe, ich werde meine Uniform bald ausbezogen haben.“ Vor Gericht antwortet O. auf diese Frage unsicher ausweichend, er könne sich nicht entsinnen, er könne so eine ähnliche Äußerung getan haben; schließlich, nach langem Stottern und Zögern, entschließt er sich, alles abzustreiten. Nun wird Rechtsanwalt Litten sehr deutlich, er fragt den Zeugen, ob er damit rechne, daß ihm durch den Terror des SA. in dem Hause Bernerstraße 29 seine Aussage nicht widerlegt werden könne.

Zu einem Teil hat er mit dieser Rechnung recht behalten, dennoch wird ein Zeuge aus

Windhunde . . .



Die englische Armee hat neue, sehr schnelle und kleine Tanks eingeführt, die sich besonders in hügeligem Gelände „bewähren“ sollen. Man nennt sie neckisch „Windhunde“. Die Abrüstung wird durch diese neue Waffe besonders gefördert. . . .

dem Hause die Tatsache des vom Zeugen abgetrittenen Gesprächs bestätigen. Bezeichnend ist noch, daß O. bei der Rückkehr von seiner ersten Vernehmung zu den Fenstern seines Hauses hinaufgedroht und gerufen hat: „Ihr Modderkrebs“. Auf die Frage, was und wen er damit gemeint habe, verweigerte die Aussage. Auf die mehr als merkwürdige Haltung der Staatsanwaltschaft wird ein grelles Licht geworfen durch eine Frage an den Zeugen Polizeiwachtmeister Morkisch über dessen Aussage, die die

angeklagten Kolonisten außerordentlich entlastete und die Nazis schwer belastete.

Der Zeuge hatte den Weg der Nazis über Felsenack widersinnig bezeichnet und die Unterstützung der Kolonisten bei der Aufklärung der Bluttat hervorgehoben. Der Staatsanwalt beginnt seine Frage an den Zeugen mit einer langen Polemik gegen die proletarische Presse, die angeblich die Voraussetzungen dieser Zeugenaussage nicht genügend berücksichtigt habe. Der Zeuge M. bleibt jedoch auch auf Vorhalt mit großer Entschiedenheit bei seiner bisherigen Aussage. Im Anschluß daran kommt es zu

einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Verteidigung der Kolonisten mit der Staatsanwaltschaft, wobei Rechtsanwalt Litten mit vollem Recht der Staatsanwaltschaft vorwirft, sie fühle sich als Offizialverteidiger der angeklagten Nazis, wofür sie niemand bestellt habe.

Wieder eine . . .

Berlin, 31. Mai 1932.

Gestern fand man zwei Angestellte, Mädchen von 18 und 20 Jahren, in der Nähe von Zwickau tot auf den Eisenbahnschienen. Not war die Ursache des Selbstmordes. Heute wurde in der Nähe von Potsdam die 18jährige Angestellte Erna Wegner mit einer Schußverletzung am Herzen aufgefunden. Sie hat sich den Schuß beigebracht, weil sie keine Stellung finden konnte.

Fast immer sind es jetzt die Jüngsten; die voller Hoffnung und voller Anspruch das Leben aufnehmen, die nichts wollten als leben

und arbeiten. Die aber nicht arbeiten dürfen und daher nicht leben können, die der Maschinerie des Kapitalismus zum Opfer fallen

Die kleinen fängt man . . .

Potsdam, 31. Mai 1932

Der 18jährige Georg Kalisch war seinem Lehrherrn, einem Schneidermeister in Strausberg, weggelaufen. Heute früh wurde er in Alt-Tepitz von Spargelstechern beobachtet und, da er einen verdächtigen Eindruck machte, dem Landjäger übergeben. Dieser fand bei ihm

620 Mark Bargeld

und verschiedene Uhren, die Kalisch seinen Mitarbeitern in Strausberg gestohlen hatte. Kalisch wurde darauf in das Arrestlokal gebracht und mit einer Kette angeschlossen. Trotzdem gelang es ihm, zu entweichen. Da er aber einen Teil der Kette am Handgelenk noch bei sich trug, wurde er in Wannsee zum zweiten Male verhaftet.

und die großen läßt man laufen

Berlin, 31. Mai 1932

Der Bankier Wilhelm Bentheim, in Firma Bentheim & Co., der, wie gemeldet, wegen des Verdachts eines Vorgehens gegen das Devisengesetz in Haft genommen worden war, wurde nunmehr auf Antrag seines Verteidigers gegen Stellung einer Kaution von

20 000 M.

aus der Haft entlassen.

„Schießen Sie mich doch lieber gleich nieder . . .“

Wien, 31. Mai 1932.

Als der Gerichtsvollzieher in der Wohnung des Kaufmanns Schulz in Wien zu einer Pfändung erschien, war der Mann nicht anwesend. Frau Schulz benahm sich furchtbar aufgeregt und drückte dem Beamten einen Revolver in die Hand mit den Worten: „Schießen Sie mich doch lieber gleich nieder!“ Der Gerichtsvollzieher nahm die Waffe an sich, worauf die Frau sich in ihrem Schlafzimmer einsperrte. Als nun der Ehemann erschien, mußte der Beamte die Pfändung durchführen. In ihrem Verlauf wurde die Schlafzimmertür gewaltsam geöffnet — hinter derselben fand man Frau Schulz erhängt auf.

Der Kreuger-Roman

Keine Angst: er ist noch nicht geschrieben. Oder wenigstens noch nicht erschienen. Aber rezensiert ist er schon. Denn was ein richtiger bürgerlicher Feuilletonist ist, wartet nicht, bis ein Buch erschienen ist.

In der „Vossischen Zeitung“ gibt Herr Balder Olden seinen schreibenden Kollegen Ratschläge, wie sie den in der Luft liegenden Romanstoff behandeln müssen. Seine Ratschläge sind kostbar, denn er spottet seiner selbst und seiner bürgerlichen Atmosphäre — und weiß nicht wie.

„Oberflächlich sei es,“ meint er, „Kreugers pikante Geheimquartiere in New York, in Paris und London für das Interessante zu halten, die Luxurnatur der allerfragilsten Mädchen, für deren bizarre Ansprüche nur ein Multi-är reich genug ist.“ Tiefgründige werden ein anderes Problem behandeln, nämlich: „War dieser Bilanzen- und Obligationen-Fälscher ein Schädling der Gesellschaft oder vielleicht ein großer Nützlich, ein Wohltäter und Segen?“

Kreuger ein Wohltäter der Menschheit? Der Mann, durch dessen betrügerische Verbrechen Tausende und Abertausende von kleinen und kleinsten Existenzen in den Abgrund gerissen wurden, ein großer Nützlich? Ja, das verstehen wir nicht, wir, die an die Tausende von Arbeitern denken, die von den an Kreuger zusammenbrechenden Unternehmungen auf die Straße gesetzt werden, an die Familienväter, die plötzlich durch den verbrecherischen Leichtsinns eines einzelnen vor dem Nichts stehen, und nicht die gleiche Verantwortungslosigkeit aufbringen, davonzugehen mit der einfachen Devise: nach mir die Sinflut!

Das wäre — belehrt uns der bürgerliche Journalist — eine oberflächliche Betrachtung. Denn Kreugers Papiere von unermeßlichem Wert ließen — wenn sie auch gefälscht waren — tausend Räder laufen, gaben Hunderttausenden Arbeit und Brot, weil Börsen, Banken und Regierungen an sie glaubten.

„Es bedarf eines Ueberspitzbuben, um das ökonomische Gleichgewicht zu retten“ — nur — und das ist der einzige Sündenfall dieses Ueberspitzbuben, der damit zum ganz gewöhnlichen Spitzbuben wurde — hätte es nie herauskommen dürfen.

„Tiefgründige“ bürgerliche Moral, uns ewig fremd, wie die ganze bürgerliche Gesellschaft uns ewig fremd sein muß: Ueberspitzbube muß du sein, durchhalten muß du bis zum Ende, schwach werden, dich erschließen — das darfst du nicht. Dann bist du ein Segen der Menschheit. Spielst du die Lügenkomödie deines Lebens bis zum Ende durch, dann wird gefälschtes Geld zu echtem Geld, wird Gold aus Blei, Arbeit und Brot aus falschen Bilanzen. Fälsche, Mensch, fälsche! Und merk dir eins: fälsche im großen Fang' nicht mit ein paar elenden Silberlingen an, denn das ist gefährlich, und dann bist du ein Schädling. Täusche Banken, täusche Regierungen und alle Potentaten der Welt. Täusche, Mensch, täusche!

Das Kreuger-Roman-Rezept des bürgerlichen Schriftstellers ist typisch — nicht allein für die „Problematik“ des bürgerlichen Journalismus, es kennzeichnet die Geisteshaltung und die Grundlagen der kapitalistischen Kultur.

Kleines Feuilleton

„Laßt wohlbeleibte . . . Frauen um mich sein“

In Verfolg einer Äußerung, die der Duce vor kurzem gelegentlich eines medizinischen Kongresses getan hat, erließ der italienische Innenminister eine Verordnung, die den Zeitungen und insbesondere den Modeblättern Italiens die Wiedergabe von weiblichen Bildern untersagt, insoweit dieselben geeignet sind, für magere Figuren Propaganda zu machen.

Wahrscheinlich eine neuartige Subventionierung der notleidenden Makkaroni-Industrie!

Zwanzigstes Jahrhundert

Der dem Völkerbund vorgelegte Bericht der offiziellen Sachverständigen über die Negerrepublik Liberia schildert die Zustände in diesem Lande als derartig, daß man die Republik nur als eine „Pestbeule“ bezeichnen könne. Menschenopfer, Kannibalismus und furchtbarste Sklaverei seien dort

gang und gäbe. Eine bevorzugte Kaste von 12 000 „Aristokraten“ terrorisiere die Bevölkerung von rund 1 Million Menschen in beispielloser Weise. Jede Art von Seuchen wüte im Lande und könne, da jede hygienische Einrichtung fehle und in ganz Liberia etwa 1/2 Dutzend gelernter Aerzte existiere, überhaupt nicht bekämpft werden.



„Kuhle Wampe“ — — oder: Wem gehört die Welt?

Uraufführung im Atrium

Dieser Film legt Zeugnis dafür ab, daß die Welt noch den anderen gehört. Der Bildstreifen geht nicht mit Konzessionen an bürgerliche Filmtechnik und Ideologie. Daß man ihn anfänglich trotzdem verbot, daß die Zensur ihn dann verhunzte und zerstückelte, das macht ihn zu einem historischen Dokument der Klassenkämpfe in dieser Zeit, an dem die Zensurwillkür der Bourgeoisie ein Exempel statuierte.

„Kuhle Wampe“ ist unter den größten Schwierigkeiten entstanden. Der Mangel an den notwendigsten Mitteln spricht für diesen Film. Er macht uns mit Hinterhöfen und proletarischen Wohnlöchern bekannt. Arbeitslosenelend, der Selbstmord eines Jungen, die zum Hungern und Stempeln verurteilte Generation, Exmission, die Spießbüchse einer kleinbürgerlichen Verlobungsfeier — das alles auf der einen Seite, und die andere Seite will uns den Ausweg zeigen: Arbeitersportler trainieren in solidarischer Gemeinschaft ihre Körper für kommende Kämpfe.

„Kuhle Wampe“ ist ein filmischer Bericht ohne eigentliche Handlung. Statt vom dramatisch-dynamischen wird er vom episch-statischen Prinzip beherrscht. Er stellt Situationsblöcke einander gegenüber, ohne daß er Kontraste herausarbeitet. Nebenbei: gibt es wirklich viele Arbeiter mit so herrlichen Motorrädern und so rassigen Rennbooten? Ist nicht vielfach der Wunsch der Vater dieser Gedanken gewesen?

Gewiß muß auf die Hindernisse, die der

Schaffung dieses Filmes im Wege standen, Rücksicht genommen werden. Trotzdem — vielleicht sogar deswegen — hätte man die an sich so sparsame Handlung mehr verdichten und konzentrieren müssen. Die Verlobungsszene ist zu sehr zerdehnt, enthält zu viele tote Punkte und leidet an filmischer Anämie. Nicht ganz deutlich wird die Absicht, die man in die Waldszene hat hineinlegen wollen. Ernst kann diese Zweismarktszene im Frühlingwald nicht gemeint sein, denn das wäre übelster Kitsch, andererseits ist die Ironie, von einem sanft schwachsinnigen, parodistischen Chanson untermalt, nicht treffsicher genug, als daß die Szene in dieser Form gerechtfertigt erschiene. Die Massenszenen bei dem Sportfest sind nicht prägnant und umrissen genug, die Kampflieder bleiben unwirksam, so einprägsam Text und Melodie auch immer sein mögen.

Sehr gut ist der gesamte erste Teil: „Ein Arbeitsloser weniger“, diese proletarische Odyssee durch die große Stadt, diese hoffnungslosen Massenfahrten zu Rad von Arbeitsnachweis zu Arbeitsnachweis. Sehr wirksam ist auch die Stadtbahnscene mit ihrem Zusammenprall von Generationen, Klassen und Weltanschauungen.

Die hervorragenden Einzelleistungen von Ernst Busch und Hertha Thiele zu erwähnen, berechtigt die Tatsache, daß diese sich in den Filmrahmen einordnen und sich bei aller künstlerischen Perfektion niemals unbescheiden und starhaft exponieren. Ihre schauspielerischen Mittel sind wundervoll einfach und sparsam.

Dieselbe Anerkennung darf hinsichtlich Brechts und Ottwalds Manuskript und S. Th. Dudows Regie ausgesprochen werden. Eyslers untermalende Musik ist, wie immer, aggressiv und frei, ohne aufdringlich zu sein. Diese Melodien prägen sich ein. „Vorwärts und nichts vergessen“ ist bei Demonstrationen gut zu singen!

„Kuhle Wampe“ ist das Ergebnis des ersten größeren Versuches in Deutschland, einen proletarischen Tonfilm zu drehen. Als solchen begrüßen und empfehlen wir ihn der Arbeiterschaft. Besucht den Film, seht ihn euch an, schon aus Solidarität mit einem mutigen Autoren- und Darstellerkollektiv — und als Demonstration gegen den Zensurterror dieser bürgerlichen Klassenrepublik!

Herbert Duckstein

A¹ Einheitsfront marschiert

SAP, SPD und KPD bilden gemeinsam Kampfblock der Arbeiterklasse

Hüttengesäß, 31. Mai 1932

Wenn nicht in absehbarer Zeit der gemeinsame Kampfblock aller Organisationen der Klassenbewußten Arbeiterschaft zustande kommt, wird der Sieg des deutschen Faschismus nicht verhindert werden können. Geleitet von dieser Erkenntnis haben

in Hüttengesäß im Kreise Hannu SPD, SAP und KPD gemeinsam die Arbeiterschaft zu einer öffentlichen Kundgebung aufgerufen.

um von den großen Organisationen der Arbeiterklasse, von den Parteien und Gewerkschaften die Bildung des gemeinsamen Kampfblocks und einer überparteilichen proletarischen Schutzorganisation zu fordern.

Die Hüttengesäß Arbeiterklasse war, den Ernst der gegenwärtigen Situation erkennend, überaus zahlreich dem Rufe der Parteien gefolgt. Ein Zeichen dafür, daß bei den Arbeitern der feste Wille zur Bildung der notwendigen Einheitsfront der Arbeiterklasse lebendig ist.

Nachdem das Trommler- und Pfeiferkorps des Arbeiter-Turn- und Sportvereins den Sozialistenmarsch gespielt hatte, eröffnete der Genosse Krotz die Versammlung und erklärte den Zweck der Zusammenkunft.

Genosse Krotz (SAP) schilderte die politische und wirtschaftliche Situation und legte überzeugend dar, daß für die deutsche Arbeiterklasse angesichts der von Tag zu Tag anwachsenden faschistischen Gefahr die Bildung des gemeinsamen Kampfblocks und einer überparteilichen proletarischen Schutzorganisation allein den Sieg des Faschismus verhindern kann. Die Vorgänge im Reichs- und Preußischen Landtag, der Empfang Hitlers auf dem Schiff „Köln“ in Wilhelmshaven, der von Tag zu Tag stärker werdende Einfluß der Faschisten und Militärs auf die Reichsregierung, die bevorstehende neue, für die Arbeiterklasse erneut ungeheure Lasten bringende Notverordnung müssen Alarmsignale für alle Arbeiter bedeuten, die nicht ungehört verschallen dürfen. Die gesamte Arbeiterschaft muß von den großen Organisationen, den Parteien und Gewerkschaften fordern, daß sofort Verhandlungen angebahnt werden mit dem Ziel der Vereinigung aller heute getrennt marschierenden Gruppen, oder wenigstens der Bildung eines gemeinsamen Kampfblocks und einer überparteilichen Schutzorganisation. Genosse Krotz empfahl der Versammlung die Annahme der folgenden

gemeinsam von den Vorständen der drei Parteien ausgearbeiteten Resolution:

„Die heute in Hüttengesäß im Saale „Zur Krone“ stattfindende gemeinsame von SPD, SAP und KPD einberufene öffentliche Versammlung erkennt die ungeheure große Gefahr, die der deutschen Arbeiterklasse und mit ihr dem Weltproletariat vom Faschismus droht. Die Versammlung fordert von den proletarischen Parteien und Gewerkschaften den schärfsten Kampf gegen diese Gefahr sowie gegen jede weitere Verschlebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse, wie sie die in den nächsten Tagen zu erwartende neue Notverordnung der Reichsregierung wieder bringen wird. Schärfer Kampf der proletarischen Parteien und der freien Gewerkschaften gegen den Faschismus in die Barbares führendes Kapitalismus, konsequenter Klassenkampf der gesamten Arbeiterklasse gegen die Klasse der Ausbeuter, für Errichtung der sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft muß die Aufgabe der gesamten Arbeiterklasse sein. Dieser Kampf kann aber

überaus charakteristischen Beispielen zeigte der Redner den allmählichen Abbau der durch den Alkohol geschädigten Hirnzellen. Tragisch wirkt das Schicksal auch des geistigen Arbeiters, dessen schöpferische Gedankenquelle immer mehr unterbunden und zuletzt ganz abgeriegelt wird. Menschen mit ungeheurer Charakterfestigkeit, starker geistiger Spannkraft werden so in ihrer Willenskraft unterminiert. Das Gemütsleben verrotet und es tritt allmählich eine deutliche Demoralisation ein. Hinsichtlich der Vererbung rächt sich der Alkohol bis ins dritte und vierte Glied. Das Alkoholgift wirkt auf das Keimplasma. Es wäre zu wünschen, daß der Arbeiter-Gesundheitsverein mehr solche Vortragsabende veranstaltet. Besonders zu wünschen wäre es, daß alle Arbeiterparteien und Organisationen ihre Mitglieder auf die wertvolle Arbeit dieser Organisation aufmerksam machen würden; dies um so mehr, als der Körper des Arbeiters sein einziges und kostbarstes Gut ist, das für seine Klasse zu erhalten oberstes Gesetz sein sollte.

Düsseldorf

Rudi Hempich tot. Am Sonntag starb Rudi Hempich an Blinddarmerkrankung im Alter von 13 Jahren. Er gehörte seit dem Bestehen der Rather Kindergruppe des SJV dieser an und war trotz seiner Jugend ein begeistertes, eifriges Mitglied. Die Beerdigung findet Mittwoch, 1. Juni, 15 Uhr, von der Kapelle des Unterrather Friedhofes aus statt. Wir bitten um rege Beteiligung.

Dortmund

Für innerparteiliche Demokratie. In einer gemeinsamen Versammlung der Ortsgruppen Dortmund-Nord und Dortmund-Nordost der SAP wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Ortsgruppen Nord und Nordost sind der Überzeugung, daß die Diskussionsfreiheit und die innerparteiliche Demokratie unter allen Umständen im vollen Umfange gewahrt werden müssen. Unverein-

bar mit der Schaffung einer revolutionär-sozialistischen Massenpartei ist die Schaffung eines Obergremiums, der, wie in der KPD, darüber bestimmt, was geschrieben und gesprochen werden darf. Die Entwicklung in dieser Richtung würde die Partei zu einer kommunistischen Sekte werden lassen. Die Ortsgruppen billigen daher auch die Unterzeichnung der Erklärung der Genossin Anna Sitzen durch die Vertreter des Bezirks Westfalen-Süd und stellen sich auf den Boden dieser Erklärung. Die Ortsgruppen erheben unterschiedlichen Einspruch gegen die Bestrebungen einiger Parteigenossen, aus dieser Erklärung eine „Richtung“ zu konstruieren. Voraussetzung für den Aufbau der Partei ist die Einstellung der „Richtungskämpfe“, durch die wertvolle Arbeit vergudet wird. Auf dem Boden der Prinzipien und des Aktionsprogramms ist Raum für alle diejenigen, die an der Schaffung einer starken Sozialistischen Arbeiterpartei mitarbeiten wollen.“

Sollingen

Wohin steuern die Ortskrankenkassen? Die Geschäftsberichte für das Jahr 1931 der Kassen der Ortskrankenkassenverbände Sollingen ergeben ein Bild, das in Arbeiterkreisen mehr als bisher beachtet werden muß. Wirtschaftskrise und Notverordnungen lassen deutlich ihre Nachwirkungen erkennen. Während die vergangenen Geschäftsberichte mit einem Ueber-schuss abschlossen, der den Reservefonds überwiesener wurde, ist im letzten Jahre das Gegenteil eingetreten. So mußte die Ortskrankenkasse Ohligs 93 000 Mark, Gräfrath 66 000 Mark und Sollingen etwa 19 000 Mark dem Reservefonds zur Deckung des Fehlbetrages entnehmen. Die Beitragsleistungen sind durch Herabsetzung des Beitragsflusses sowie durch Sinken der Löhne für das Gebiet des Ortskrankenkassenverbandes gegen 1930 um 18 Prozent zurückgegangen. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben für Krankengeld um 25 Prozent vermindert worden, und zwar von 32,84 Mark auf 24,43 Mark auf den Kopf des Mitgliedes. Die übrigen Ausgaben, wie Heilmittel, Bäder und Kuraufenthalt, sind ebenfalls gesunken, allerdings nicht in dem Verhältnis. Die Ausgaben für Ärzte, Krankenhauspflege sowie Zahnbehandlung haben nur eine minimale Reduzierung erfahren. Die Aussichten für das laufende Jahr sind direkt katastrophal. Dabei ist zu beachten, daß die Zahl der arbeitsunfähigen Kranken im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahre um 20 Prozent gesunken ist, und am 1. Mai d. J. wiederum um 10 Prozent niedriger mit 2,65 Prozent der Gesamtmitgliedschaft ausgewiesen wird. Vermehrte Arbeitslosigkeit, weiterer Lohnabbau schränken die Ausgaben der Kassen immer mehr ein, deren Folge noch größere Verminderung der Leistungen sein wird. Der Zeitpunkt, an dem die heute schon nicht mehr ausreichenden Einnahmen fast ganz fortfallen, wird nicht mehr allzufern sein. Diese Tatsachen sollten auch dem Reichsarbeitsminister bekannt sein,

Freidenker in Kampf- und Abwehrstellung

Stettin, 31. Mai 1932.

Der Bezirksvorstand des Deutschen Freidenkerverbandes für Pommern-Mecklenburg hatte die Vertreter der größeren Ortsgruppen zu einer Konferenz nach Stettin geladen. Es galt, Stellung zu nehmen zu dem Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes, zu dem Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes, und zu den Vorstößen der Kulturreaktion, die darauf hinauslaufen, alle freigeistigen Organisationen in Deutschland zu verbieten.

Den Tätigkeitsbericht erstattete der Bezirkssekretär, Genosse Bredow. Er konnte mitteilen, daß von Jahr zu Jahr ein erfreuliches Anwachsen der Mitgliederzahlen zu verzeichnen ist. Der DFV zählt zur Zeit im Bezirk rund 5500 Mitglieder und hätte bereits die 6000 überschritten, wenn die kommunistische Opposition nicht ihre Spaltungsarbeit durchgeführt hätte. Die Vertreter schlossen sich einstimmig dem Aufruf an alle Funktionäre an, den Mitgliederverlust durch intensive Werbung in diesem Jahr noch aufzuholen. Die Beitragszahlung ist im allgemeinen als normal zu bezeichnen; es sind im Durchschnitt pro Mitglied 11,3 Beiträge im Jahr gezahlt worden.

Der Bestattungunkostensatz konnte im vergangenen Jahre wesentlich gesenkt werden; er ist trotzdem immer noch so hoch, daß die eingezahlten Beiträge bei weitem überschritten werden.

Die Jugendweihen erfreuen sich immer größeren Zuspruchs. Die Zahl der Kinder, welche sich zur Jugendweihe melden, wird von Jahr zu Jahr größer. Die Teilnehmerzahl an diesen Veranstaltungen ist in einigen Orten schon stärker als die Zahl der Besucher der kirchlichen Konfirmation.

Im kommenden Winterhalbjahr wird wieder eine umfangreiche Werbearbeit in den Ortsgruppen durchgeführt werden. Auswärtige Referenten sind bereits für kulturpolitische Vorträge verpflichtet worden.

Nach einer kurzen Aussprache, an der sich die Genossen Lange-Rostock, Winkler-Schwerin und Brozeit-Prenzlaw beteiligten, erklärte der Bezirksreferent, Genosse Otto Schmidt-Stettin, daß Kasse, Markenbestände usw. monatlich eingehend geprüft wurden und Beanstandungen nicht erfolgten. Außerdem ist die Bezirksgeschäftsstelle vor kurzer Zeit durch einen Vertreter der Haupt-

verwaltung eingehend revidiert worden, wobei auch festgestellt wurde, daß alles in bester Ordnung sei.

Stralsund

SAP-Genossen im Baugewerksbund müssen bestimmt alle am Dienstag, 31., an der Versammlung des Baugewerksbundes teilnehmen.

Sportschau der SAZ

Hessen-Mittelrhein

Fußball.

In den Aufstiegskämpfen (Abt. II und III) zur Kreisliga erlitt der ursprüngliche Favorit Frankfurt-Niederrad seine zweite Niederlage, mit 1:1 Toren verlor er in Langendiebach vor 1000 Zuschauern!

Privatspiele: Das Rückspiel zwischen ASV. Westend und VfL. 11 Frankfurt endete unentschieden 3:3, obwohl Westend bis Halbzeit mit 3:0 geführt hatte und danach nur zehn Spieler im Feld hatte. — PV. 09 Greichenheim konnte am Samstag Frankfurt-Bockenheim überraschend hoch mit 7:4 Toren schlagen und besiegte den ASV. Homburg am Sonntag mit 4:1.

Wetters Ergebnisse: FTG. Darmstadt—Fichte Frankfurt 6:1; Vorwärts Neu-Isenburg—Heusen 6:0; 2.09 Heusenstamm—Dietrichheim 1:2; Arheilgen—Oberrod 7:0; Hannu 0:1; Mosa Aschaffenburg 3:1; Weizlar—Gießen 1:0; Ostheim—Friedberg 6:1; FTG. Mainz—Dreieichenhain 2:4; Grafenhausen—Witzhausen 5:1.

Handball.

Privatspiele: Fr. T. Ludwigshafen—FTG. Darmstadt 4:7; Greichenheim b. D. Heppenheim 8:7; Weinheim—Benzhausen 4:6; Frankfurt-Sachsenhausen—Salzbach 9:3; Oberrod—Arheilgen 5:4; Mainz-Kastel—Bausenheim 4:5; Fichte-Frankfurt—Dreieichenhain 11:3; Eppstein—Fr. T. Oberrod 2:4; Gr.-Bieberau—Eberstadt 7:1; Biersdorf—Höchst a. M. 3:13; Erzhausen—Reinheim 6:5.

In den Kreisamateurschaftskämpfen der Gerktetner führt Dreieichenhain weiter ungeschlagen. Ergebnisse: Frankfurt-Bockenheim—Dreieichenhain 5:5; Offenbach—Frankfurt-Bockenheim 5:8; Mainz-Weiserau—Wiesek 1:1.

Fußballer des 2. Bezirks: In Gruppe A stehen Sachsenhausen und Niederrad punktgleich an der Spitze, während in Gruppe B Frankfurt-Nord und in C Frankfurt-Bockenheim die Meisterschaft errangen.

Ein Verbandskampf Oberrod—Arheilgen endete mit 6:07,45 : 6:19,21 Punkten.

Schwerathletik: Vereinskampf ASV. Westend-Frankfurt—Ludwigshafen 4:10 Punkte; Ringen: Darmstadt gegen Rodelheim 12:2.

Organisationsnachrichten

SSB Hamburg: Freitag, 3. Juni, Versammlung aller aktiven und passiven Schutzabgenossen, Turnhalle Oberaltenallee, 20 Uhr.

Frankfurt a. M.

Massenelend, § 218 und der Befreiungskampf der Frau. Ueber diese Frage sprach in einer gutbesuchten Frauenversammlung des Distrikts Bornheim Frau Dr. Kienle. Einleitend zeigte sie, wie die Abtreibungen in demselben Maße zunehmen, wie das Elend der breiten Massen steigt. Vor etwa einem halben Jahre seien eine Geburt auf eine Abtreibung gekommen. Heute entfielen bereits zwei Abtreibungen auf eine Geburt. Der Arzt würde immer wieder vor die Frage gestellt, ob er der Menschlichkeit oder dem Gesetz genügen wolle. Der § 218 richte sich ausschließlich gegen die Frauen der arbeitenden Klasse. Den Frauen der besitzenden Klasse sei es ein leichtes, trotz § 218 eine unerwünschte Leibesfrucht lozuwerden. Da den Ärzten das Helfen verboten sei, ließen die proletarischen Frauen zum Kurfischer. Die Folge davon sei, daß jährlich 40- bis 50 000 Frauen infolge Abtreibungen sterben und viele siech werden. Die heutige Gesellschaft und der heutige Staat seien daran interessiert, daß viel Proletarierkinder zur Welt kämen. Die Kapitalisten brauchten billige Arbeitskräfte, der Staat Kanonenerfutter. Solange die Proletarier unter so schlechten sozialen Verhältnissen lebten wie heute, sei es unerhört, zu verlangen, daß die Proletarierfrauen Kinder in die Welt setzen sollen, die sie nicht ernähren können. Der Kampf um die Befreiung der Frau sei ein Teil des proletarischen Klassenkampfes.

Alkoholismus, Charakter und Vererbung. Im Rahmen des Arbeiter-Gesundheitsvereins sprach Dr. Gerum vom Stadtgesundheitsamt über dieses Thema. Alkoholismus bedeutet die Sünde gegen die Natur, denn der Organismus des Menschen ist nicht darauf eingerichtet, Schädigungen zu ertragen, wie sie der Alkohol verursacht. Ständiger, besonders aber unmäßiger Alkoholgenuß verändert allmählich auch den Charakter des Trinkenden. Diese Veränderungen sind im Anfangsstadium fast unmerklich, steigern sich aber immer mehr, bis zur schwersten Schädigung des Gehirns. Das Ende ist in vielen Fällen die Irrenanstalt. An

Tribüne der SAZ

Die „Tribüne“ der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmt oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne“ erscheinenden Artikel nur die prägesetzliche Verantwortung.

Vorbemerkung der Redaktion

Die heutige Diskussionsbeilage enthält Beiträge von Genossen, die in wesentlichen Punkten kritisch zur Auffassung der großen Mehrheit des Parteitages stehen. Sie erscheint ausnahmsweise in doppeltem Umfang, weil

zugleich noch die Veröffentlichung der Erklärung der Gen. Siemsen usw. nachzutragen war. Die Redaktion wird in den nächsten Ausgaben der „SAZ“ in einem zusammenfassenden Aufsatz zu den kritischen Meinungen Stellung nehmen.

Die Generallinie der Politik der SAP

Von Fritz Rück

Wenn wir im Folgenden von der Diskussionsfreiheit Gebrauch machen, die der Parteivorstand unserer Partei in so großzügiger Weise allen Meinungen eingeräumt hat, so bedeutet das nicht, daß wir im übrigen die Haupt- und Staatsaktion für gerechtfertigt halten, die in den letzten Wochen gegen die Herausgeber der Zeitung „Die Generallinie“ innerhalb der Partei durchgeführt worden ist. Wir sind der beschriebenen Auffassung, daß ein Teil der auf diesem Gebiete von seiten des Parteivorstandes entwickelten Eile und Energie, anders verstanden, der Partei erheblich mehr genützt hätte, als der in Rundschreiben, Versammlungen und Sitzungen entwickelte Plan gegen die kommunistische Linke der Partei. Wir hoffen jedoch, daß die Genossen im Lande, von denen wohl kaum 5 Prozent ein Exemplar der verurteilten Zeitung zu Gesicht bekommen haben, bei der Formulierung der Mißtrauensanträge nicht vergessen haben, daß man sich auch über den Inhalt dessen, was man verdonnert, orientieren muß.

Ein besonders ernstes Symptom für die völlig unfruchtbare Form der Diskussion in diesem Falle ist die Tatsache, daß man sich mit ganz wenigen Ausnahmen mit dem Inhalt der Artikel und den politischen Auffassungen, die dort zum Ausdruck kamen, überhaupt nicht beschäftigte, sondern die Frage rein organisatorisch behandelte. Wir erinnern uns noch deutlich der großen Empörung mancher heute führenden Genossen der SAP, als der Parteivorstand der SPD im Falle der Herausgabe der „Fackel“ die politische Diskussion durch rein organisatorische Maßnahmen unmöglich machte. Wie rasch doch manche Genossen im Vergessen sind! Alle übrigen Parallelen mit dem Erscheinen der „Fackel“, die bis zum Überdruß gezogen worden sind, lehnen wir allerdings entschieden ab, da es uns nur darauf ankommt, auf die Mitglieder der SAP, aber auch auf die Mitglieder anderer Organisationen des Proletariats in dem Sinne einzuwirken, daß sie angesichts des Niedergangs der gesamten deutschen Arbeiterbewegung die Schaffung einer kommunistischen Massenpartei als das dringendste und wichtigste Problem erkennen.

Daß wir in diesem Zusammenhange vor der gefährlichen Illusion warnen mußten, daß allein durch die weitere politische und organisatorische Entwicklung der SAP diese Massenpartei entstehen könnte, war eine selbstverständliche Konsequenz unserer politischen Auffassungen, die wir sowohl auf dem Parteitag wie nachher überall vertreten haben. Wer die ganze Entwicklung der letzten Zeit mit dem nötigen Ernst betrachtet, kann darin keinerlei parteischädigendes Verhalten sehen. Bei dem heutigen Zustand der gesamten deutschen Arbeiterbewegung ist die Formierung der Klasse zum Abwehrkampf gegen den fortschreitenden faschistischen Angriff das Zentralproblem, dem alles andere unterzuordnen ist. Dabei spielt die Einwirkung auf die kommunistische Partei in dem Sinne, daß sie sich von der heutigen ultralinken Taktik abwendet und zu den Methoden der Verbindung der kommunistischen Bewegung mit der gesamten Arbeiterklasse zurückkehrt, die in früheren Jahren ausgearbeitet worden sind, eine entscheidende Rolle.

Die Führung unserer Partei lehnt die Durchführung dieser taktischen Aufgabe entschieden ab. Sie ist allerdings nur dann zu lösen, wenn man sich selbst in all den Fragen der revolutionären Strategie und Taktik, um die es sich handelt, auf den positiven Standpunkt der von Lenin ausgearbeiteten kommunistischen Grundsätze stellt. Das ist in der Form zu machen, wie es die mit dem Genossen Walcher aus der KPO zur SAP gekommenen Genossen mit besonderer Schlaueit versuchen, daß man den Kommunismus gewissermaßen in homöopathischen Dosen der Partei beibringt, ohne daß sie so richtig merkt, um was es sich handelt, ist eine völlig ungeeignete Methode, die nur die Entwicklung der Partei zum Kommunismus hemmt.

In der praktischen Politik der Partei konnten auch diese hemmenden Momente in genügendem Maße zum Ausdruck. Wenn wir diese Politik in ihren einzelnen Teilen auf den gemeinsamen Nenner Zentrismus bringen, so nicht aus dem Bedürfnis der Abstempelung heraus, die unserem Freund Kleineibst besonders unsympathisch ist, sondern aus der sachlichen Notwendigkeit, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Unter Zentrismus versteht man, um es kurz zusammenzufassen, eine rechte Politik, die sich mit linken Phrasen

drapiert. Wir sehen beispielsweise eine solche rechte Politik in der Ablehnung des kommunistischen Antrags auf Austritt aus dem Völkerbund durch unsere Reichstagsfraktion. Die dazu abgegebene Erklärung ist nichts als eine radikal klingende Bemerkung der Aufgabe des prinzipiellen revolutionären Standpunkts in dieser Frage. Das Verhalten unserer Reichstagsfraktion verstößt sogar gegen den klaren Wortlaut der Prinzipienklärung. Aber da von diesem historischen Dokument bisher nur der Teil eine Rolle gespielt hat in der Partei, den Genosse Ledebour als „trotzkistischen Unsinn“ bezeichnete, ist es nicht weiter verwunderlich, daß es bei der Ent-

Die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei und deren Voraussetzung

Von Anna Siemsen

Die Erklärung, welche ich auf dem Parteitag im Auftrage einer Anzahl von Genossen abgegeben habe, mußte der Masse der Parteimitglieder insofern unverständlich sein, als die Voraussetzungen, von denen sie bestimmt wurde, ihnen unbekannt blieben. Die Berichterstattung über den Parteitag bevorzugte ganz einseitig die Vertreter der Linke Zwelling und Rück-Düby, brachte abweichende Meinungen gar nicht oder in starker Verstümmelung. Die Prinzipienklärungen, welche neben denen des Parteivorstandes eingebracht wurden und deren freie Diskussion vom Parteitag einstimmig gefordert wurde, sind den Parteimitgliedern bisher überhaupt nicht bekannt gemacht worden. Die geforderte Diskussion ist also zur Zeit tatsächlich unmöglich. Endlich ist das, was ich zur Begründung der Erklärung gesagt habe, im Bericht über den Parteitag vollkommen unterdrückt worden.

Aus allen diesen Gründen halte ich es für nötig, die unterdrückte Erklärung unseres Vorgehens jetzt nachträglich noch zu geben, besonders deswegen, weil manche Genossen, die mit uns auf dem gleichen Boden der Gesinnungsachtung und der Diskussionsfreiheit stehen, infolge ihrer unzureichenden Kenntnis der Vorgänge und unserer Motive meinen, die Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei bedroht zu sehen, während wir beides zu bewahren und zu stärken wünschen und Parteidisziplin uns ganz selbstverständliche Voraussetzung ist.

Ich habe die nachfolgende Erklärung im wesentlichen bereits unmittelbar nach dem Parteitag, und nachdem ich die einseitige Orientierung durch unser Parteiorgan feststellen mußte, dem Parteivorstand eingeschickt. Er hat damals um der Wahlen willen von der Veröffentlichung Abstand genommen. Jetzt ist sie nur infolge der weiter zugeespitzten politischen Lage in etwas umgearbeitet.

Die Sozialistische Arbeiterpartei ist entstanden aus einer Notlage heraus. Die beiden großen proletarischen Parteien Deutschlands sind erstarrt unter der Herrschaft beamteter Funktionäre, welche die entscheidenden Partiestellen wie die Presse beherrschen und dadurch imstande sind, die Meinungsbildung nach ihrem Willen zu leiten und zu beeinflussen. Diese Entwicklung, vor dem Kriege beginnend, hat im Kriege zur Spaltung geführt, nach dem Kriege verhindert, daß „die Bewußtseinsbildung durch das gesellschaftliche Sein“, durch die Erfahrung des Klassenschicksals, rein und ungefärbt erfolgte. Das ist die Hauptsache für die verhängnisvolle Schwäche des deutschen Proletariats, für seine gänzliche Kampfunfähigkeit in der gegenwärtig drohenden Katastrophe. Die Sozialistische Arbeiterpartei hat sich gegründet in der Erkenntnis, daß in beiden alten Parteien diese Korruptions- und Verfallsursache nicht mehr zu überwinden sei. Freier Austrag aller Meinungsunterschiede auf dem Boden einer entschlossenen sozialistischen Ueberzeugung- und Willensrichtung und Ausschaltung jeder wie immer gearteten Fälschung der Willensbildung durch Fesselung und Hinderung der klaren und gründlichen Auseinandersetzung ist also ihre Existenzbasis und Lebensberechtigung.

Nun ist theoretische Erkenntnis des Wün-

scheidung dieser Frage weiter keine Rolle gespielt hat. Die praktische Sabotage der Einheitsfrontpolitik, die im Einatellen der Versuche der Schaffung proletarischer Aktionsausschüsse und Klassenwehren zum Ausdruck kommt, zeigt dieselbe Tendenz. Auch in der Gewerkschaftsarbeit haben wir nichts davon gehört, daß sich die Partei mit besonderer Energie für die Schaffung linker Fraktionen in den Gewerkschaften, gemeinsam mit KPD und KPO eingesetzt hatte. Genau so steht es bei der Sportbewegung und anderen Massenorganisationen. Daß es nicht nur genügt, gegen die ultralinke Gewerkschaftspolitik der KPD zu wettern, sondern daß man in allen Gewerkschaften offen und klar die Frage der Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen stellen muß, ist ebenfalls noch nicht hauttief ins Bewußtsein der Partei gedrungen. Dagegen haben wir erlebt, daß man in Breslau die Wahl der Delegierten zum Verbandstag der Metallarbeiter durch Urwahl abgelehnt hat, wodurch die taktische Position unserer Genossen in allen anderen Städten aufs schwerste geschädigt worden ist. Uns ist nicht bekannt geworden, daß der Parteivorstand oder die Redaktion der SAZ in dieser Angelegenheit Stellung genommen hat. Es ist die alte Erscheinung seit der Gründung der SAP: die Politik des rechten Flügels innerhalb der Partei wird toleriert, begünstigt und offen mitgemacht, gegen die kommunistische Linke zieht man ins Feld und mobilisiert zu diesem Feldzug den gesamten Parteiapparat. Daß bei dieser Generallinie der Politik unsere Partei sich nicht entwickeln kann, bedarf keiner weiteren Begründung. Um so notwendiger ist es, den Kurs der Partei entschlossen herumzureißen und mit allen pazifistischen, reformistischen und zentristischen Tendenzen prinzipiell zu brechen.

schenswerten und Notwendigen noch nicht seine Verwirklichung. Der Weg der Erkenntnisbildung durch freie Diskussion und Verständigung aus der Erfahrung ist ein langer und mühsamer. Er setzt mancherlei voraus. Zunächst, daß man nicht in Worten und Dogmen, sondern in Wahrheit Marxist sei, das heißt, daß man dauernde Tatsachenbeobachtung und Tatsachenanalyse für die einzige, aber auch unfehlbar sichere Grundlage der richtigen politischen Willensbildung halte und gründlichste Auseinandersetzung zwischen allen verschiedenen Auffassungen daher für den einzig möglichen Weg dahin. Epigonen, denen ja jederzeit in der Geschichte die Aufgabe zugefallen ist, mit den Worten des Meisters seinen Geist totzuschlagen, setzen an Stelle davon die Diffamierung einer gegensätzlichen Meinung durch ein Etikett: Reformist, Zentrist, Ultralinker. Das erspart jede weitere geistige Anstrengung.

Diese geistige Trägheit führt dann zu jener Ungeduld, die allen schlechten Aerzten eigen ist, den natürlichen Prozeß der Krankheitsüberwindung gewaltsam zu unterdrücken, statt ihn zu verkürzen und zu erleichtern durch das einzige uns gegebene Mittel: zu sagen, wie wir die Dinge sehen. Nichts ist unmarxistischer und kontrarevolutionärer als die Trägheit, die sogleich nach fertigen Generalrezepten verlangt und eine neue oder unbecommene Ansicht ungeprüft abtut: So etwas wollen wir nicht hören.

Daran, fast schämt man sich es aussprechen zu müssen, sollte uns schon die Achtung vor der Gesinnung des anderen Genossen, das Vertrauen zu ihm, die Solidarität hindern. Gerade die Ueberzeugung von der guten Begründung des eigenen Standpunkts müßte uns geneigt machen, ihn jeder Nachprüfung zu unterwerfen, moralischen, vor allem aber wirtschaftlichen Druck auf den andersdenkenden Genossen als schwere Korruption, als unsozialistisch und kontrarevolutionär zu verwerfen.

Wir alle wissen aus schwerer Erfahrung, wie es um diese Dinge stand und steht in den alten Parteien. Wir alle haben aber, wollen wir ehrlich sein, in der SAP die Erfahrung gemacht, die man bei befreiten Völkern macht: sind sie der Unterdrückung entflohen, so ist ihr erster Instinkt, die ungewohnte Macht nun ihrerseits gegen Minderheiten anzuwenden. Und ich habe nicht vereinzelt gerade von jüngeren Genossen den Anspruch gehört: „Ja, gewiß, in der SPD, da haben wir Diskussionsfreiheit verlangt aus taktischen Gründen. Aber jetzt, wo wir in der Mehrheit sind, da ist das ganz etwas anderes. Da müssen wir die klare Generallinie verlangen und vertreten.“ Unsere Partei hat eben von den Infektionsherden der alten Parteien eine Menge Krankheitskeime mit herübergenommen. Lippenbekenntnis zur Parteidemokratie und Resolutionen über Diskussionsfreiheit helfen dagegen sehr wenig. Daran hat es in der SPD und KPD niemals gefehlt. Jene beteuert noch heute, daß jeder Parteigenosse, der Aktionsdisziplin wahre, vollste Diskussionsfreiheit besitze, diese hat in der „zentralisierten Demokratie“ ein wundervolles Schlagwort, mit dem sich jeder Apparatsterror decken läßt. Beherrschung des Apparats, systematische Hetze gegen jede

offiziell nicht genehme Ueberzeugung und ihre Träger, unbedingtes Ausschalten der nicht-offiziellen Meinungen bei allen Parteientscheidungen und Festlegen der Presse auf eine offizielle Generallinie: das sind die Mittel, mit welchen die alten Parteien die Diskussionsfreiheit zu einem unschädlichen Privatvergnügen machen, und durch welche sie in ihrer Erstarrung, ihre Aktionsunfähigkeit, ihre Katastrophe hineinmarschieren sind und noch heute in ihr verharren.

Es wäre eine blinde Illusionspolitik, welche genau die gleichen Folgen haben müßte, wenn wir übersehen oder verschweigen wollten, wo in unserer Partei Ansätze — oder soll ich sagen Ueberreste — der gleichen Methoden bestanden. Sie sind zunächst vorhanden in der gelstigen Haltung vieler Mitglieder, kommen zum Ausdruck in den oben wiedergegebenen Äußerungen, in vielen, allzu vielen Resolutionen, die alle mehr oder weniger versuchen, Genossen, die unbecommene Dinge sagen, einen Maulkorb vorzubinden — am weitesten ging darin der Antrag Meyer-Köln auf dem Parteitag, der darauf hinauslief, eine Parteimaur und -inquisition zur Erdrosselung jeder eigenen Ueberzeugung zu errichten und immerhin acht Stimmen erhielt —, kommen zum Ausdruck vor allem in dem Wunsche, fertige Rezepte zum Denken und Handeln zu erhalten und in der schweren, verwickelten, verantwortungsvollen Lage, in der wir stehen, nur ja nicht ein geliebtes und bequemes Schlagwort nachzurevidieren.

Bedenklich ist es, daß dieser Geist gerade von einer Reihe prominenter Genossen gepflegt wird und dadurch in der Führung der Partei sich durchzusetzen droht. Gewiß war auf dem Parteitag selbst die Diskussionsfreiheit größer als auf denen der alten Parteien. Das war der bedeutendste Fortschritt. Aber die Berichterstattung verkehrte diese Freiheit für die Masse der Genossen in ihr Gegenteil. Die allzu schnelle Abfassung und Durchzeichnung von Prinzipienklärung und Aktionsprogramm, welche den Mitgliedern gar keine, den Delegierten des Parteitages eine völlig unzureichende Möglichkeit zur Stellungnahme gab, ließe sich vielleicht als Notmaßnahme rechtfertigen, wenn jetzt der weiteren Diskussion Grundlage und volle Freiheit gegeben würde, wenn man klar betonte, daß auch dieses Programm nur ein vorläufiges ist und der Art seiner Entstehung nach sein kann. Bisher ist davon nichts zu spüren. Auch die Ansätze einer freien Diskussion fehlen.

Und damit komme ich zu der allerbedenklichsten Erscheinung, daß man nämlich mit Berufung auf die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Partei und mit der für deutsche Parteien typischen Verkennung dessen, was allein eine solche Partei schaffen kann: das Gefühl, daß man richtig und allseitig von der Partei unterrichtet wird und selber die Sicherheit hat, zu Gehör zu kommen — daß man, sage ich, versucht, in der Presse nur die offizielle Generallinie, das anerkannte und approbierte Rezept zuzulassen. Es ist die Äußerung eines sehr prominenten früheren KPO-Genossen, die ganz in der Linie kommunistischer Taktik sich hier durchgesetzt hat: Diskussionsfreiheit? Ja. Aber selbstverständlich können Redakteurposten nur von Vertretern der offiziellen Linie besetzt sein.“

Bleibt es bei dieser Auffassung und Praxis, so wird die SAP sich von den alten Parteien in Kürze nur noch dadurch unterscheiden, daß sie es mit ihrer beschränkteren Presse und ihrem kleineren Mitgliederbestand erheblich leichter hat, jede Opposition unter formalen Loyalitätsbetuerungen mundtot zu machen. Sie würde damit ihre große geschichtliche Aufgabe der Revolutionierung des Bewußtseins aufgeben und sich, gleich ihren Vorläufern, den verschiedenen oppositionellen Splittergruppen, zur Existenz einer dogmenstrengen Sekte verurteilen.

Die Folge dieser Tendenz ist bisher schon nicht ausgeblieben. Sie trat zutage auf dem Parteitag in dem Bestreben nicht unerheblicher Gruppen, nur die Vertreter ihrer Meinung zu irgendwelchen Funktionen zuzulassen und damit auch die parteimäßige Meinungsbildung ausschließlich in ihrer Hand zu vereinigen, so den proletarischen Machtkampf gegen den Klassengegner verkennend in einen Kampf um die innerparteilichen Machtpositionen und den Kampf um Bewußtseinsklärung in einen solchen um Gesinnungsdiktatur durch Apparatbeherrschung. Es ist dem Vorstand gelungen, die schlimmsten Auswirkungen dieses unheilvollen Versuchs zu verhindern. Daß das Streben in dieser Richtung weitergeht, daß es besonders unter der Hand betrieben wird mit alle seinen schlimmen Begleiterscheinungen der Intrige, der Gesinnungsdemagogie, des moralischen Druckes, der — drücken wir es sanft aus — persönlichen Verunglimpfung, das haben wir in den auf dem Parteitag folgenden Wochen bereits erlebt. Es ist also notwendig, darauf und auf die Gründe dieser Erscheinung hinzuweisen.

Ich muß dabei einen Fall hervorheben, der deutlich zeigt, wohin diese Art Arbeit führt. Ich meine den des Genossen Kleineibst. Kleineibst hat als erster die Sozialistische Arbeiterzeitung aufgebaut. Er blieb weiter ihr außenpolitischer Redakteur, und es ist allgemein, auch außerhalb der Partei unbestritten, daß die SAZ durch seine Arbeit ausgezeichnet über außenpolitische Dinge informierte, eine entscheidende Leistung in einer Situation, in der die Außenpolitik auch die Innenpolitik durchaus bestimmt. Kein Mensch kann weder Kleineibsts Eignung, noch seine grundsätzliche sozialistisch-marxistische Einstellung und Ueberzeugungstreue bestreiten. Aber er hat einige von der offiziellen

Generallinie abweichende Ansichten in punkto Völkerverbund und Internationale. Die Abweichungen sind so gering, daß man sie schon mit dem Vergrößerungsplan ausheben muß, das wir so gerne bei der Feststellung von parteigenössischen Ketzereien anwenden. Sie genügt, ihn aus der Redaktion zu entfernen und diese nach dem oben zitierten taktischen Plan aus einem Informationsorgan in ein Propagandaorgan der offiziellen reinen Linie zu verwandeln. Ob zum Besten der Partei, ob zum Besten der weit wichtigeren Bewußtseinsklärung in der Arbeiterbewegung, das möge die weitere Entwicklung lehren. Uns liegt es jedenfalls ob, deutlich die Tatsachen auszusprechen, deutlich die Tendenzen zu zeigen, welche die SAP zurückzuführen suchen auf den falschen, den zur Katastrophe führenden Weg der SPD und KPD!

Entwurf einer Prinzipienklärung der SAP

Die Stellungnahme eines Teiles der Parteilegitimierten, geführt von der Genossin Anna Siemsen, zur Prinzipienklärung wurde in einem besonderen Entwurf niedergelegt, den der Parteivorstand als er die Prinzipienklärung annahm, ablehnte, und der bisher in unserer Presse nicht veröffentlicht wurde. Der Parteivorstand hat auf Antrag einer Berliner Mitgliederversammlung beschlossen, auch diesen Entwurf zur Diskussion über das kommende Parteiprogramm zu veröffentlichen.

Der folgende Entwurf hat die grundsätzliche Zustimmung der Genossen: Anna Siemsen, Fritz Küster, Theodor Liebknecht, Elsa Wiegmann, Richard Kleineibst.

I.

1. Die Sozialistische Arbeiterpartei erstrebt einen Gesellschaftszustand, in dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben und in die Verfügungsgewalt der Gesellschaft übergeben ist; in dem es deshalb keine Ausbeutung und keine Klassen mehr gibt und an die Stelle des Staates als Machtinstrument der herrschenden Klasse die wahre demokratische, klassenlose Gesellschaft tritt.

II.

2. Die gegenwärtige Epoche in Deutschland und in anderen europäischen Staaten wird gekennzeichnet durch eine technische Entwicklung des Produktionsapparates, der bei Nutzbarmachung für die gesamte Gesellschaft deren ökonomische Bedürfnisbefriedigung gewährleisten könnte. Dieser objektiven Möglichkeit steht entgegen das Produktionsverhältnis in der kapitalistischen Gesellschaft, anders ausgedrückt die Besitzverhältnisse, die einer kleinen Minderheit unumschränkte Verfügungsgewalt über diesen Produktionsapparat und dadurch zugleich die ausschlaggebende politische Machtstellung geben. Die heutige Gesellschaft zerfällt in eine über die Machtmittel des Staates verfügende und damit über die Volksgesamtheit herrschende kleine Minderheit und die gewaltige, in Abhängigkeit gehaltene ausgebeutete Mehrheit.

3. Die inneren Widersprüche des Kapitalismus haben dazu geführt, daß in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Mittel der kapitalistischen Krisenüberwindung in ihrer Wirksamkeit aufgehoben sind. Der Sozialismus ist zur Aufgabe unserer Zeit geworden.

4. Der Aenderung des gegenwärtigen Gesellschaftszustandes steht entgegen die Ideologie breiter Massen, die, verendet bis tief in die Schichten des ehemaligen Mittelstandes, die Ursachen der Not nicht in diesem Gesellschaftszustand suchen, sondern in Nebenerscheinungen innen- und außenpolitischer Natur.

5. Während also die objektive Reife der Gesellschaft für den Sozialismus, das heißt für die Ueberführung des Produktionsapparates in den Gemeinbesitz gegeben ist, fehlt es an der subjektiven Voraussetzung der notwendigen gesellschaftlichen Umwälzung, an der Reife des Klassenbewußtseins. Diese herbeizuführen ist die revolutionäre Aufgabe der SAP.

III.

6. Diese Revolution kann nur siegreich sein, wenn sie getragen ist von der Mehrheit des deutschen Proletariats, das die Mehrheit der deutschen Bevölkerung umfaßt. Am Beginn der Revolution steht also schon die Demokratie im Sinne dieses proletarischen Mehrheitswillens. Der gegnerische Machtapparat des Staates, der in den Händen der kleinen kapitalistischen Minderheit ist, kann nur gebrochen werden durch die Einsetzung dieser Mehrheitskräfte gegen ihn.

7. Infolge der Konzentration der ökonomischen Mittel auf Seiten der Kapitalisten sind auch die wirtschaftlichen Kampfmittel des Proletariats zur Erreichung politischer Ziele, in erster Linie der Generalstreik, in verstärktem Maße gegen die feindliche Macht, also auch gegen den Staatsapparat, anzuwenden. Der Generalstreik als stärkste Waffe des Proletariats gewinnt entscheidende Bedeutung. Damit er wirksam wird, bedarf es der geistigen wie der organisatorischen Bereitschaft. Zu diesem Zweck muß die SAP in den gewerkschaftlichen Organisationen dazutun, wie der Erfolg aller Kämpfe zur Lohnerhöhung und zur Besserung des Lebensstandards der Arbeiterklasse von der politischen Machtstellung des Proletariats abhängt, diese Kämpfe aussichtslos werden, wenn sie unabhängig von der politischen Zielsetzung geführt werden. Die SAP muß durch die Klärung des Bewußtseins der Gewerkschaftsmitglieder, durch die Revolutionierung der Köpfe, die Führung der Gewerkschaften zwingen, die gewerkschaftlichen Organisationen in den Kampf um die Erringung der politischen

Wir, die wir überzeugt sind, daß es nichts Revolutionäres und Marxistischeres gibt als Freiheit des Gedankens und Freiheit des Gedanken-Kampfes, die wir glauben, daß jeder Parteiapparat und jede Parteipresse keine höhere Pflicht hat, als diese zu sichern, weil nur aus ihrer Einheit der Ueberzeugung, Einheit des Willens und jene Hingabe erwächst, die wir heute brauchen und morgen mehr als jemals brauchen werden, wir werden durch nichts anderes getrieben als durch unseren Glauben, daß hier die geschichtliche Aufgabe der SAP liegt, und durch unseren Willen, um die Erfüllung dieser Aufgabe zu kämpfen in der gefährlichen Stunde, wo fast das ganze Proletariat erneut verwirrenden, undurchdachten, irreführenden Schlagworten unterliegt und dadurch eine Weltkatastrophe heraufbeschworen wird.

Macht einzusetzen, dieses Ziel des Generalstreiks nicht zu verwischen, sondern klar auch bei allen Teilkämpfen herauszustellen.

IV.

8. Die Arbeiterschaft muß bereit sein, die so zu erringende Machtstellung in allen Phasen und mit allen Mitteln gegen die Machtmittel des kapitalistischen bürgerlichen Staates zu verteidigen. Sie muß also auch alle Vorkehrungen treffen, um gegebenenfalls auch eine Auseinandersetzung mit der bewaffneten Gewalt der Bourgeoisie mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. Auch in diesem Fall ist ihr stärkster Aktivposten die Kraft und die moralische Wirkung ihrer großen und zusammengeballten Zahl und ihres Einheitswillens. Unorganisierte Teil- oder Straßenkämpfe führen zu putschistischen Abenteuer, zu schweren auch moralisch schwindenden Niederlagen und sind daher zu verwerfen.

9. Die SAP ist sich darüber klar, daß nach der Erringung der Macht der bisherigen diktatorischen Herrschaft einer kapitalistischen Minderheit eine Periode der Diktatur des Proletariats folgen muß, die nichts anderes ist als die Herrschaftsorganisation des Proletariats, also der Mehrheit der Bevölkerung über die Minderheit. In dieser Periode sind alle putschistischen und gegenrevolutionären Versuche und Aktionen mit allen Mitteln und unachsichtlicher Schärfe zu unterdrücken. Alle Mittel, deren sich die ehemals herrschende Klasse zu diesem Zwecke bedienen könnte, sind ihr im voraus aus der Hand zu nehmen.

10. Diese Diktatur des Proletariats wird nach den bisherigen revolutionären Erfahrungen in der Hauptsache getragen sein durch ein System revolutionärer Räte, deren Basis und Ursprungsgebiet in erster Linie die industriellen Betriebe sein werden. Hier Vorarbeit zu leisten sowohl unter Benutzung des durch die Verfassung bestimmten, bisher nicht in Anwendung gebrachten Betriebsratsystems als auch durch überparteiliche Kartellbildung in den Betrieben usw., gehört zu den dringenden Aufgaben der SAP. Die revolutionäre Funktion dieser Räte hängt ab von dem politischen Reifegrad ihrer Träger.

V.

11. Der bisher geführte Kampf des Proletariats ist gekennzeichnet durch die konservativ-rückschrittliche Politik der SPD einerseits, durch die putschistische von außen bestimmte Politik der KPD andererseits. Beiden gemeinsam ist, daß sie sich nicht an den politisch-ökonomischen Gegebenheiten orientiert haben, sondern an Illusionen über den Stand der Klassenkräfte und der realen Machtverhältnisse. Die SPD hat die parlamentarische Republik bereits mit dem Staat der Arbeiterklasse identifiziert, den es nur mit sozialem Inhalt zu erfüllen gälte. Sie hat übersehen, daß die Verleihung formal-demokratischer Rechte die Struktur des Staates nicht geändert hat, daß durch die Bewahrung der alten Besitzverhältnisse der Klassencharakter des Staates nicht angetastet wurde. Da dieser Staat aber Werkzeug der kapitalistischen Minderheit des Monopolkapitalismus ist, ist sie selbst mit ihrer Politik zum Werkzeug dieses Staates und damit zum Werkzeug der Minderheitsdiktatur geworden. Durch ihre Schuld sind daher auch die demokratischen Elemente — Parlamentarismus, (bedingte) Presse-, Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit, aber auch die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse — zum größten Teil verlorengegangen. Ihre Wiedereroberung erfordert heute bereits eine revolutionäre Aktion des Proletariats, die allerdings nicht dabei halt machen dürfte, sondern weiter vorstoßen müßte.

12. Mitverantwortlich sind auch KPD wie SPD für das Anwachsen des bewaffneten Faschismus, der zur terroristischen Niederhaltung der Arbeiterschaft bestimmt ist. Die Putschtaktik der KPD, ihre praktisch gegen die einheitliche proletarische Aktion gerichtete Theorie von Sozialfaschismus, die Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft durch die RGO-Politik, ihre einseitig unter russischen Gesichtspunkten orientierte Innen- und Außenpolitik, ihr Nationalbolschewismus haben die Bewußtseinsklärung und die Sammlung der Arbeiterklasse zur revolutionären Klassenaktion verhindert und revolutionäre Energien in das Lager des Klassengegners getrieben.

13. Die SAP muß also, will sie ihre Existenzgrundlage nicht verlieren, sich ebenso freihalten von der reformistischen Politik der SPD (und der Gewerkschaften), wie von der putschistischen Politik der Kommunisten, aber auch von der Anschauung, als könnten die

bürgerlich-demokratischen Institutionen nicht benutzt werden zur Stärkung der entscheidenden außerparlamentarischen Machtstellung der Arbeiterklasse.

VI.

14. Die wirtschaftliche Entwicklung, die die europäische Kleinindustrie als ein Hemmnis nicht nur für den Kapitalismus, sondern auch für den sozialistischen Fortschritt offenbart, gibt auch Klarheit darüber, daß Sozialismus in einem einzelnen europäischen Staat größten Schwierigkeiten begegnen und solche Beschränkung auch eine siegreiche Revolution aufs schwerste gefährden müßte. Die SAP muß deshalb schon heute, unabhängig von den Organisationen der Zweiten und Dritten Internationale die Verbindung mit gleichgesinnten sozialistischen Gruppen des Auslands suchen und sowohl organisatorische wie geistige Vorbereitungen treffen, um solidarische Aktionen der revolutionären Arbeiterschaft in Europa zu sichern, damit eine siegreiche deutsche Revolution nicht die Beute einer ausländischen kapitalistisch-imperialistischen Gegenrevolution wird.

15. Es versteht sich von selbst, daß eine revolutionäre deutsche Arbeiterschaft größten Wert auf gute Beziehungen und Verbindungen mit dem russischen Volk und Staat legt, ohne aber sich unter Vormundschaft der Komintern, das heißt der russischen KP-Führung zu begeben. So sehr das deutsche Proletariat sich die Erfahrungen der russischen Revolution sowie aller anderen revolutionären Aktionen zunutze machen muß, so wenig darf es der kommunistischen These folgen und Methoden der russischen Revolution auf einen ganz anderen ökonomischen und politischen Tatbestand übertragen und anwenden wollen.

16. Die ökonomisch viel weiter als in Rußland fortgeschrittene Entwicklung in Europa verweist das deutsche Proletariat auf dieses Wirtschaftsgebiet als auf den am besten vorbereiteten Boden für die Erkrämpfung des Sozialismus. Die SAP erblickt in den heutigen überstaatlichen Institutionen der kapitalistischen Staaten, im Völkerverbund, den Abrüstungskonferenzen, den überstaatlichen Wirtschaftsorganisationen usw. Einrichtungen, die die Bourgeoisie unter ökonomischem Zwang zur Erhaltung des kapitalistischen Systems und zur Erreichung ihrer eigenen Zwecke geschaffen hat. Sie erkennt, daß alle auch ehrlichen Friedensabsichten der kapitalistischen Staaten ihre Schranken an der imperialistischen Rivalität und Konkurrenz finden. In dem gleichen Maße jedoch, wie die Vereinheitlichung der deutschen Einzelstaaten zu einem einzigen Staats- und Wirtschaftsgebiet eine günstigere Plattform für den Befreiungskampf des deutschen Proletariats gebildet hat, ist jeder Ansatz zur Bildung eines europäischen Überstaates ein Fortschritt gegenüber der bisherigen zwischenstaatlichen Anarchie. Deshalb warnt die SAP vor allen Illusionen in bezug auf die Möglichkeit der endgültigen Befriedung und Organisation der Welt durch diese Institutionen, versucht aber sie für die Ziele des Proletariats nutzbar zu machen, den Einfluß der Arbeiterschaft auf sie durchzusetzen. Für sie gilt, was für die Ausnutzung des demokratisch-parlamentarischen Systems gilt.

17. Da auch die Verhinderung imperialistischer Kriege am Ende nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann, wird die SAP das Proletariat jederzeit zum Widerstand gegen Militarismus und gegen Krieg aufrufen, dahin arbeiten, daß jeder imperialistische Krieg mit der innerpolitischen Revolution der Massen beantwortet wird und daß schon im voraus hierüber kein Zweifel besteht. Zur Vorbereitung der geistigen Bereitschaft gehört schärfster Kampf ebenso gegen alle nationalistischen Parolen und nationalistische Verhetzung wie gegen alle Ablenkungsversuche nach außen. Der Feind, der zunächst zu schlagen ist, steht im eigenen Land. Als wichtigstes Mittel zur Verhinderung eines Krieges durch die Arbeiterklasse betrachtet die SAP den internationalen Generalstreik.

VII.

18. In der Ueberzeugung, daß nur breiteste Massenaktionen die Wendung zum Sozialismus herbeiführen kann, daß eine Diktatur über das deutsche Proletariat zum Scheitern verurteilt ist, und daß nur aus den gesellschaftlichen Erfahrungen, welche in freien Auseinandersetzungen zum Bewußtsein geklärt werden, einheitliche Willensrichtung und Kampfbereitschaft erwachsen kann, lehnt die SAP dogmatische Bindungen ab und gibt die Diskussionsmöglichkeit auch über Einzelheiten dieser Prinzipienklärung frei. Sie erwartet gerade von dieser demokratischen Form, die im Gegensatz zu den bürokratischen Herrschaftsverhältnissen in der SPD und der KPD steht, die Erziehung der Partei und der Klasse zu einer freiwilligen, aktionsfähigen und schlagkräftigen Gemeinschaft.

Kürze oder lange Perspektive?

Für Richtung und Tempo der Kraftentfaltung der Partei ist von entscheidender Bedeutung, wie wir die Entwicklung der Klassenkampfsituation, das Tempo der Zuspitzung aller Gegensätze und damit des Herannahens der für unsere Epoche endgültigen Entscheidung einschätzen, kurz die Frage nach der Perspektive. Es ist klar, daß, wenn wir die Entscheidung über das weitere Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung für einen verhältnismäßig nahen Zeitpunkt ansetzen, wir nicht eine Politik auf lange Sicht betreiben können, daß wir dann vielmehr das Schwergewicht

unserer Arbeit auf solche Aufgaben konzentrieren müssen, die gerade durch die Nähe der Entscheidungskämpfe gestellt werden. Andererseits: Wenn wir die große strategische Linie unserer ganzen Parteiarbeit auf ein seiner Natur nach entfernt liegendes Ziel einrichten, wie z. B. den „Aufbau der Partei“, so ist hierin schon die Frage nach der Perspektive — bewußt oder unbewußt — in dem Sinne beantwortet, daß wir viel Zeit haben. Nun gibt es wohl kaum einen ernsthaften Genossen in der Partei, der nicht sieht, daß wir keineswegs mehr viel Zeit haben; aber unzählige gute Genossen, vor allem auch in den führenden Kreisen der Partei, sind nicht desto weniger in die Vorstellung verfallen, daß es nichts Wichtigere gibt, als den „Aufbau der Partei“. Außerdem: Das Tempo unserer Arbeit, der Mobilisierung unserer Kräfte für die Vorbereitung der Entscheidung, bleibt ganz offensichtlich weit hinter dem Tempo, in dem diese sich nähert, zurück. Es ist deutlich: Die Führung der Partei hat es bisher nicht verstanden, Richtung und Tempo unserer Arbeit in Uebereinstimmung zu bringen mit der uns durch die objektiven Tatsachen der Klassenkampfsituation auferlegten Perspektive.

Die Ursache hierfür scheint uns in folgendem zu liegen: Die Partei hat kein eigentlich historisch-politisches Geburtsdatum und ist deshalb nicht mit der zur Führung berechtigenden Autorität vor den Massen der Arbeiter zur Welt gekommen, eine Tatsache, die von einsichtsvollen Genossen von vornherein erkannt, der ganzen Partei aber durch das Ergebnis der Preußenwahl unmißverständlich klargemacht worden ist. Nun ist sich kaum jemand in der Partei im unklaren darüber, daß die Gewinnung eines wirklichen Masseneinflusses als „Partei“ nur auf dem Wege langer und zäher Arbeit (und zwar der für eine Partei charakteristischen Massennarbeit) möglich ist. Also brauchen wir viel Zeit und — wird dann eben weiter gefolgert — müssen wir uns auf eine lange Perspektive gefaßt machen. Mit andern Worten: Weil der „Aufbau der Partei“ — eben die Gewinnung von Masseneinfluß „als Partei“ — viel Zeit erfordert, „brauchen“ wir eine lange Perspektive! Es ist offenbar aber schlechthin unmöglich, die Perspektive zu einer Funktion der eigenen politischen Zweckbestimmung zu machen. Umgekehrt: Die Perspektive ist die unabhängige Größe, von der wir jeden unserer politischen Schritte abhängig machen müssen. Wenn die Entwicklung der objektiven Bedingungen des Klassenkampfes uns nicht viel Zeit für unsere Vorbereitungen läßt, dann können wir uns eben nicht Ziele stecken, die viel Zeit brauchen. Da die Entwicklung in Deutschland in rasendem Tempo auf den Generalangriff gegen die Arbeiterbewegung, auf ihre Zerschlagung und Illegalisierung hingeht, können wir uns nicht das langfristige Ziel: Aufbau der Partei — stecken. Wovon wir für unsere Arbeit ausgehen müssen, sind die vorhandenen (organisatorischen und ideologischen) Elemente der proletarischen Klassenbewegung. Es ist unverhältnismäßig viel leichter — indem man sich zum Sprachrohr vorhandener Massenstimmungen macht — Massen für eine bestimmte, zunächst dem Zweck nach begrenzte Politik zu mobilisieren, als dieselben Massen zur Gefolgschaft für eine Partei zu veranlassen, sie aus dem bisherigen organisatorischen Zusammenhang herausreißen. Die 50 000 SAP-Genossen sollen ihre Kraft nicht in erster Linie in organisatorischer Kleinarbeit „für den Aufbau ihrer Partei“ einsetzen, nicht als Propagandisten einer Partei, sondern als Propagandisten einer von der ganzen Klasse als notwendig und richtig zu erfassenden Politik. Die Aufgabe der Partei ist in diesem Falle nur die Zielgebung, Vereinheitlichung und Zusammenfassung der für die hier gezeichnete Arbeit verfügbaren Kräfte. Dies ist zwar eine entsagungsvolle Rolle, entsagungsvoll aber nur im Sinne einer schon von vornherein sich auferlegten Beschränkung, nicht aber im Sinne des Verzichtes auf eine eigene Zukunft als „die Partei“, denn man kann nur auf etwas verzichten, was überhaupt realisierbar ist. In einer Periode der Illegalität der proletarischen Klassenbewegung aber ist kein Raum für die SAP, so wie wir sie heute sehen und wie wir heute ihre politischen Entwicklungsmöglichkeiten einschätzen dürfen.

Sich heute aber „für die lange Perspektive“ entscheiden, kann nur heißen, die Entscheidung schon als gefallen zu betrachten, kann nur bedeuten, auf die höchste Entfaltung aller Kräfte für die jetzige entscheidend wichtige Phase des Klassenkampfes zu verzichten. Wenn eine auf eine solche Einschätzung gegründete Politik etwa der Kommunistischen Partei noch einen Sinn haben könnte (denn sie wird die Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung mit in die Illegalität nehmen — und nur sie), ist sie für die SAP schlechterdings sinnlos, ja, die Existenz der SAP wäre dann überhaupt nicht einzusehen.

Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. „Die Kräfte des deutschen Proletariats sind nicht erschöpft. Sie sind noch gar nicht in Bewegung gesetzt“ (Trotzki). Aber in kürzester Frist wird die Entscheidung fallen müssen. Die SAP muß die höchste Aktivität entfalten, um mitzuhelfen, die Kräfte des deutschen Proletariats in Bewegung zu setzen. Dies heißt, eine kurze Perspektive haben.

P. W., Frankfurt/M.

Einträgliche Mildtätigkeit

Pastor Cremers Jahreseinnahmen: 25 000 Mark — Die 14-Zimmerwohnung in Potsdam

Berlin, 31. Mai 1932

In den heutigen Verhandlungen im Devaheim-Skandalprozeß kamen die Einkünfte des Pastors Cremer zur Sprache. Cremer selbst zählte sie auf. Das Geld floß aus den vielfältigsten Quellen und machte den hübschen Gesamtbetrag von über 25 000 Mark aus. Man sieht: für Pastor Cremer, dessen Leben nach seiner eigenen Erklärung nur der selbstlosen Sorge für andere — unter die er als fürsorglicher Vater natürlich auch seine Tochter einschloß — gewidmet war, hat sich die Mildtätigkeit wohl gelohnt, und wenn auch nun andere arme Leute den Verlust ihrer letzten Sparbeträge zu beklagen haben, so mag ihnen das Bewußtsein Trost spenden, daß sich der Wahlspruch des Cremerischen Konzerns: „Trautes Heim durch Devaheim“ wenigstens bei Pastor Cremer erfüllt hat . . .

B. S. Im Devaheim-Prozeß wurde heute die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Direktor Möller von der Versicherungsgesellschaft „Evangelische Vorsorge“. Ueber die Gründe, die im Jahre 1928 zur Trennung zwischen der Hilfskasse und dem ihr angegliederten Bankhaus Rambaum & Co. führten, wußte der Zeuge nichts zu bekunden.

Vors.: „Warum ist eigentlich bei der Trennung die persönliche Schuld des Dr. Libbertz in Höhe von 140 000 Mark übernommen worden?“

Zeuge: „Die Gründe sind mir nicht bekannt. In einem Revisionsbericht haben wir aber den Standpunkt vertreten, daß dieses Verfahren ein Ding der Unmöglichkeit war.“

Besitzer, Landgerichtsrat Simon: „Der Erfolg Ihrer Revision war ja durchschlagend: Sie hatten das Auto beantragt, und es wurden dann zwei weitere Autos angeschafft, anstatt der bewilligten 12 000 Mark Autospesen wurden 15 000 Mark gezahlt, und die von Pastor D. Cremer verauslagten 18 000 Mark Autospesen wurden mit 25 000 Mark beglichen. Wie ist das zu erklären?“

Der Zeuge Direktor Möller konnte darauf keine klare Antwort geben und meinte, daß wohl Kompetenzschwierigkeiten zu den unklaren Verhältnissen bei den verschiedenen Organisationen geführt hätten.

Der Angeklagte Pastor D. Cremer gab dann auf Veranlassung des Gerichts nochmals eine ausführliche Darstellung über seine Einkommensverhältnisse.

Er schilderte, daß er eine Pension von jährlich 5500 Mark erhalten habe, die später auf 4800 Mark reduziert wurde, ferner ein festes Gehalt von 12 000 Mark. Außerdem habe er als Tantieme von der Versicherungsgesellschaft „Neuer Atlas“, bei der die Evangelische Versicherungszentrale die Polizen abschloß, in den letzten Jahren je 1550 Mark erhalten, ferner 750 Mark Entschädigung vom Wirtschaftsband und 4000 Mark Spesen.

Ich bin in dem letzten Jahr täglich von Berlin nach Potsdam gefahren, und für die Unkosten, sowie Fernsprecher und Sekretärin habe ich die Spesen fast völlig verbraucht, so daß für mich höchstens 400—450 Mark übrig blieben. Bis zum Jahre 1926 hatte ich in Potsdam eine Dienstwohnung von 14 Zimmern. Mein Hausstand zählte 11 Personen. Nach meiner Pensionierung mußte ich mir im Jahre 1926/27 ein Haus bauen, und zwar ist es ohne den geringsten Luxus geschehen. Es ist kein

Marmor und kein Edelholz vorhanden. Ich habe für das Haus und für die Hypothekenzinsen meine Pension völlig aufgebraucht. Der Angeklagte schilderte dann weiter, daß er in einem Jahre die Tantieme vom „Neuen Atlas“ an die Evangelische Versicherungszentrale abgeführt habe, ein anderes Mal habe er sie zu einer Nordseereise mit einer befreundeten Pastorenfamilie be-

Die SPD bekommt Sex appeal

Wichtige politische Probleme müssen gründlich erörtert werden! Das „Freie Wort“ führt seit Wochen eine erregte Diskussion um die Kriegsauszeichnungen. In der letzten Nummer wird wieder einmal die Parole verteidigt: Heraus mit den Kriegsauszeichnungen als Ergänzung zum Abzeichen der Eisernen Front!

Die Begründung, die dieser Parole gegeben wird, läßt den Kladderadatsch vor Neid erblinden; so viel Humor kann er seinen Lesern schwerlich bieten. Mit den Kriegsauszeichnungen soll um die Jugend geworben werden. „Die Jugend schmückt sich gern mit Plaketten, und man sieht sie neben den politischen Abzeichen sogar die Reklameknöpfe der Automobilfabriken tragen. Die Jugend will nicht nur Ideale, sondern Idole.“

Der Jugend kann geholfen werden. Japan zeigt den Weg, und wenn Kriegsauszeichnungen für die Arbeiterjugend das Idol sind, ist freilich die Gefahr groß, daß sie sich nicht mehr lange mit Reklameknöpfen und SPD-Abzeichen zu begnügen brauchen!

Aber es kommt noch schöner! Auch um die Frauen muß geworben werden. „Die Genossen, die jedem neuen Vorschlag ihr starrs Nein entgegenzusetzen, sollten einmal überlegen, warum so viele Frauen und Mädchen in die Naziversammlungen strömen. Die Werke der Sexualforscher geben dafür ausreichende Erklärungen.“

Da ist freilich Goebbels geschlagen. Er hat nur der Frau die Aufgabe zugewiesen, schön zu sein. Bei der SPD rüsten sich aber die Männer, Wege zur Kraft und Schönheit zu beschreiten. Das hat sicher etwas für sich. Auch Luise Schröder beschäftigt sich im „Freien Wort“ mit der Frauenagitation und hält es für notwendig, daß die Partei die schönen Sommermonate benutzt, um die Frauen aus ihrer Einsamkeit herauszuführen und sie durch froh verlebte Stunden mit der Partei zu verbinden. Besonders die alleinstehende Frau hat es ihr angetan. „Sie sieht ihr unerfülltes Frauen-schicksal und glaubt, wenn man ihr sagt, wir seien die Schuldigen, daran.“

Das darf nun und nimmermehr geschehen. Darum: Heraus mit dem Klempnerladen. Laßt kein Frauenschicksal unerfüllt, zeigt euch als das, was ihr seid, als Ritter von der traurigen Gestalt. Dr. Käthe Frankenthal.

nutzt. Weiter betonte Pastor Cremer, daß seine Lebensführung sehr einfach und ohne Aufwand gewesen sei, allerdings habe er sehr viel Güte in seinem Hause zu beherbergen gehabt. „Ich habe auch — ich spreche nicht gern davon — in vielen Fällen persönliche Hilfe geleistet, so beispielsweise am 22. Oktober 1928 1000 Mark.“ — Vom Gericht wurde dem Angeklagten vorgehalten, daß dieser Betrag anscheinend eine Ueberweisung aus irgendeinem der Fonds darstelle, der Angeklagte blieb aber dabei, daß er die Zahlung aus persönlichen Mitteln geleistet habe. Als er dann weitere Zahlungen nennen wollte, stockte er plötzlich und setzte sich mit den Worten: „Ich kann nicht mehr“ wieder h. n. Das Gericht setzte hierauf die Zeugenvernehmung fort, die jedoch nichts Wesentliches ergab.

„Ganze Arbeit für Wehrwillen und Seerüstungen“

Aus der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins

Nach dem Kriege verwandelte der Deutsche Flottenverein, in der kaiserlichen Zeit eine der wichtigsten unter den nationalistischen Organisationen, seinen Namen in den harmloser klingenden „Seeverein“. Jetzt hat man — auch ein Zeichen der Zeit — zum alten Namen zurückgefunden und als wiederum Deutscher Flottenverein die erste Hauptversammlung in Dresden abgehalten. Vertreter der Reichsregierung, der Marinebehörden, der sächsischen Staatsregierung und anderer Behörden gaben der Tagung die offizielle Weihe.

Die Verhandlungen bewegten sich in der heute üblichen unverhüllt nationalistischen und kriegshetzerischen Ideologie. Der Präsident des Deutschen Flottenvereins, Kolonialstaatssekretär a. D. v. Lindequist, erläuterte als „deutsche Auffassung“: „Entweder allgemeine Abrüstung oder allgemeine Rüstungsgleichheit. Ohne Wehrhaftigkeit keine Freiheit! Der Anreiz eines Angriffes auf Ostpreußen wird umso geringer sein, je stärker unsere Streitkräfte namentlich auch zur See sind. Immer muß in dem Ringen um die Wiedererstarkung Deutschlands daran gedacht werden, daß die Freiheit Deutschlands auch von einer starken Flotte besichert werden muß.“ Ein anderer Redner proklamierte als Wahlspruch des Flottenvereins: „Mit neuen Schiffen zum alten Ziel!“ Wilhelm in Doorn wird seine Freude gehabt haben.

Im Geiste der Tagung wurde folgende Entschlußfassung gefaßt:

„Die Gefahr, in der sich der deutsche Osten befindet, ist eine Gefahr für das ganze Reich. Die Rüstungen der Polen zu Wasser und zu Lande bedrohen unser Vaterland. An dieser Tatsache darf heute niemand gedankenlos vorbeigehen. Der Deutsche Flottenverein verlangt ganze Arbeit für Wehrwillen und für Seerüstungen, die unentbehrlich sind zum Schutz für Meer und Land im Osten des Reiches.“

Der Hinweis auf „die polnischen Rüstungen zu Wasser“ ist eine besondere Gipfelleistung heuchlerischer Verlogenheit: gerade den Männern des Deutschen Flottenvereins ist natürlich genau bekannt, daß die polnische Flotte gänzlich bedeutungslos und der deutschen bei weitem unterlegen ist.

Geschäft statt Gesinnung

Am vergangenen Sonnabend veranstaltete der Verein der ausländischen Presse in Berlin sein alljährliches Bankett, zu dem auch Brüning erschienen war und — noch in seiner bereits stark verblühten Würde des Reichskanzlers — mit einer Rede aufwartete, wozu er bezeichnenderweise das Thema „Arbeitslosigkeit“ wählte. Das paßte zwar etwas schlecht zu der feudalen Umgebung — das Bankett erfolgte im vornehmen Berliner Hotel Adlon —, hatte aber den Vorteil, daß Brüning nicht Gefahr lief, den Bankettfrieden zu stören, da er sich auf dem weniger schlüpfrigen Boden von Allgemeinplätzen bewegte und dazu seine Phrasen noch mit dem Oel der Sentimentalität schmieren konnte. Es ist auch an diesem Abend alles ganz einträchtig verlaufen und bestände darum kein Anlaß, dieses ganze Bankett zu erwähnen, wenn nicht dem Vereinsvorsitzenden, dem Holländer Blokzyl, einige bemerkenswerte Geständnisse und Klagen entfahren wären, die man in Deutschland in bürgerlichen Kreisen angesichts des traditionellen Mangels an Mänesmut vor Truistkönigen kaum zu hören bekommt.

Blokzyl knüpfte an einen Appell des Nuntius Orsenigo an, als „Condottieri der öffentlichen Meinung“ für die Friedensidee zu werben und bemerkte hierbei u. a.:

„Dem Herrn Nuntius wollen wir antworten, daß es unter uns wohl keine anständigen „Condottieri der öffentlichen Meinung“ gibt, die sich weigern würden, an dem von ihm angeregten Kreuzzug im Dienste des internationalen Wohlwollens teilzunehmen. Es bleibt aber bloß die Frage, ob wir Journalisten immer und überall die tatsächliche Macht besitzen, um die man uns oft beneidet. . . . Vielfach hat das Geschäft die Gesinnung verdrängt. Hüter unvertrauten Kapitals, Führer politischer Gruppen, Industriebeauftragte sind zu Verlegern geworden. Die Wahrheit, sei es auch die subjektive, für die der Journalist aufzukommen hat, wagt sich immer seltener in die Spalten der modernen Zeitung. Die reine Wahrheit zu sagen, nichts zu verschweigen und nichts hinzuzufügen, ist hier und da eine Aufgabe geworden, die Gefahr für die persönliche Freiheit mit sich bringt. Die stolze unabhängige Presse fühlt sich unter den Liebkosungen von tausend interessierten Kreisen erdrückt und wäre dankbar für andere Formen des beherrschenden Interesses.“

Im weiteren Verlaufe wandte sich Blokzyl gegen die Zensur.

Mit diesen Bemerkungen hat Blokzyl Zusammenhänge angedeutet, die jedem Kenner des bürgerlichen Zeitungsbetriebes nur allzu geläufig sind. Ueber die peinlichen Gefühle, die er damit bei dem größten Teil der deutschen Presse angeschlagen hat, kann Blokzyl heute schon seine eigenen Betrachtungen anstellen: Die ganze Bürgerpresse hat jenen Teil seiner Rede, der sich auf die Zusammenhänge von Geschäft und Gesinnung bezog, unterschlagen.

Kündigung der Lohnstarife im oberschlesischen Bergbau. Der Arbeitgeberverband der oberschlesischen Montanindustrie hat die Lohnstarife für Steinkohlen- und Erzbau für Ende Juni gekündigt. Nach dieser Kündigung soll eine Aenderung des Lohnaufbaus für die Uebertagearbeiter erreicht werden.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

1. Fortsetzung

Viele Jungen liegen auf der Landstraße. Tausende marschieren geradeaus, bergauf und bergab. Die Welt ist weit und sie gehört uns. Die Herbergen sind voll. Nachts schlafen viele in Scheunen, viele liegen im Wald, manche bleiben im Straßengraben.

„Liebe Frau, geben Sie mir etwas zu essen . . .“

Immer weiter . . .

Hans hat viele Jungen unterwegs getroffen. Aus der Schule waren sie ausgerückt oder aus der Lehre oder aus der Fürsorge. Er oder sie suchen Arbeit . . . irgendwo da unten.

Alle haben sie keine Zeit, alle kein Geld.

Hans hat viel gelernt in diesen Wochen. Er beherrscht jetzt die Kunst, richtig zu fechten. Er weiß, wie man hungert und wie man tippelt ohne Ruhe. Sechs, sieben, zehn Stunden am Tag, bis einem die Füße brennen und man müde wird, daß man hinfallen und nicht wieder aufstehen möchte. Alles muß gelernt sein.

Orje ist ihm ein guter Kamerad geworden. Mit dem kann man sprechen, kann man stille sein.

Warum will er weg von ihm?

Nie hat er einen Menschen, nie wird er wieder einen finden, der so bei ihm ist und

so von ihm fernbleibt. Das weiß Hans und das hämmert in ihm.

Aber er kann doch nicht anders und er muß doch jetzt nach Berlin. Da rasseln die Züge. Die Untergrundbahn rauscht unter deinen Füßen. Autos jagen weiter, viele Autos. Und man schwimmt namenlos unter vielen Menschen . . .

In der Großen Frankfurter Straße wohnen Menschen, die haben einen Namen. Vater schlägt ihn tot. Mutter ist krank. Was soll die auch noch dazu sagen? Und Lissi und Ida . . . ? Aber sie sind doch da. Er gehört doch zu ihnen. Sie sollen ihn hassen und treten und schimpfen, aber er will doch zu Hause sein, einmal will er wieder auf dem Sofa in der Küche liegen. Einmal nur, eine Nacht nur . . .

An diesem Tage ist Orje so zugänglich. Er redet heute immerzu. Wie er beim Bauern war. Das war keine schlechte Stelle, aber er hatte eines Tages einfach die Neuse pleng. . . . Nee, Junge, mir können sie nicht mehr verladen . . . Da ist det Jeffängnis besser. Da weeste, wie lange du deinen Knast schiebst. Vier Monate oder ein Jahr. In der Fürsorge, da kannst du warten. Da geht so manches Jährchen um. Und denn biste orch nicht frei . . . Jeschlagen? Ach, jeschlagen wird kaum noch eener . . . Wenigstens nicht mehr sozusagen mit Jenhmigung von oben. Das ist alles verboten. So wie früher täglich manchmal nach die Konferenzen: Uebern Stuhl gelegt. Der Pastor dabei mit feuchte Augen und dann . . . jib ihm . . .

„Och . . .“ wischte Orjes Handbewegung schmerzhaft aufsteigende Erinnerungen weg. „Jetzt jib's det nich mehr so oft. Aber hintzern, wenn da mal wat verzottelt hast oder jetürmt bist . . . Da kannst du schon mal ab und zu wat in die Freesse kriegen . . . Und dann biste mit 'n Mal jeistekrank und varückt und Sychopat und det is in Ordnung. Und

wenn de Krach macht und zu oft türmt, kommste nach de Irrenanstalt in die Jummelle und wenns noch nicht reicht, jib's kalte Packungen und Spritzen und so. Und dann wirste kleen und hüßlich und ganz stille . . .

Wenn es vorbei ist, darfst du dir beschweren beim Jugendamt oder beim Herrn Direktor. Und wenn du Glück hast, wirst du aufgeschrieben und wenn Jott will, wird auch mal wat nachgeprüft.

Aber, Junge, det merk dir mal für alle Zeiten: Der Fürsorgezögling is eben von Eeruffs wegen verlogen und ungläubwürdig, und bei wems so noch nicht langt, kriegts durch den Arzt bestätigt . . .“

Das schrie Orje und sah sich dabei um, als wäre da jemand, dem er die Anklage um die Ohren schlagen könnte. Aber dann lächelte er schon wieder so ein dünnes, gefrorenes Lächeln: „Laß man gut sein. Det muß allens seinen Trab gehen . . . Wenn du in Berlin bist und in Fürsorge gelandet und sie setzen dir zu arg zu, dann geh mal nach'n Landtag, Zimmer soundso, zum Genossen Wolf . . . Grüß ihn von Orje, vom Antifa-Orje. Dann weiß er, von woher du kommst . . . Ja, Jungeken, det warn wer och mal und det sind wir heute noch . . .“, triumphierte Orje mit breitem Grinsen.

„ . . . Kajot vor vier Jahren und dann bei Antifa . . . Verdammst und zujehnt, wenn ick nich eines Tages so pöspö in some Gruppe gelandet wär, hätt' ick mir schon längst . . .“ und er machte so einmal, zweimal die Bewegung des Baumels am Halse . . .

Und plötzlich lachte er, froh und baumstark . . . Knorks Junge . . . und Tod den Faschisten . . . Rot Front marschieret . . . und dann wurde die Erinnerung lebendiger und dann hob er die geballte Faust . . .

Es sah beim Marschieren aus wie ein Gruß, aber es konnte auch eine dunkle Drohung sein . . .

Aber er besann sich rasch wieder auf seine

Rede: . . . Ach so, ja, und dann sage dem Jenossen, det Orje eines Tages wieder da sein wird und dann wird Orje wieder mitmachen . . . Und Orje freut sich schon darauf. Junge, Junge, bald is Orje einundzwanzig und dann bestimmt er ganz allens, ohne Fürsorge und sonstwat . . . Jetzt is et noch zu heiß in Berlin. Polente sucht mir noch. Nochmal Fürsorge . . . ? Nee, is nich . . . Also warte noch ein Weilchen . . . Du, jeh zum Landtag, zum Jenossen Wolf . . . Da biste nich verlogen. Da wirste angehört und da wird doch wat for dir getan. Aber frei kommste dabei och nich. Da ist det Gesetz und die Paragraphen und da sind die Anstalten und da muß Ordnung sin, damit . . . ja, damit eben nich so ville Junge rumstehn und in die Schaufenater und in die Cafés rinkleken, wo die sitzen, die det haben, wat uns fehlt. Aber: aus Fürsorge wirste nich freikommen. Wen's geschnappt hat, der is drin. Die klappt uff un zu . . . Da kann keener wat vor, da kann keener wat jejen . . . oder vielleicht die . . . die in den Cafés sitzen morjens um zehne, und die im Jrunewald wohnen mit'n großen Park mit'n Springbrunnen . . .“

Und Hans erinnerte sich plötzlich daran, was der Vater manchmal gesagt hat, wenn er den „Vorwärts“ gelesen und Zeit und einen mitteilamen Augenblick hatte. Dann schimpfte er mal auf die Zölle und die teuren Preise und auf die Kapitalisten. Und an so einem Abend hatte Mutter mal davon gesprochen, wieso die Mieten wieder heraufgesetzt und das Brot zwei Pfennige teurer werden könnte, alles an einem Tag. Dann hatte sie was gegen die Gewerkschaften und gegen den neunten November und gegen die Partei gesagt, und da hatte der Vater richtiggehend getobt. Er Heß auf die Partei und ihre Taktik nichts kommen. Neunzehn Jahre lang ist er Mitglied und hat für den Sozialismus unter roten Fahnen gekämpft und heute stand er unter Schwarzrotgold . . . Und die Partei mußte tun, was sie tat . . .

Acht Millionen Arbeitslose in Deutschland

Das behauptet die „Bergwerkszeitung“

Ueber die Zahl der Arbeitslosen erfährt man wichtigsten statistischen Material aus der schwerindustriellen „Bergwerkszeitung“. Es ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen am 30. April 1932 5 737 000, am 30. April 1931 4 358 000, so daß die Arbeitslosenziffer dieses Frühjahr noch um 1 379 000 höher liegt als letztes.

Von diesen 5,7 bzw. 4,3 Millionen bei den Arbeitsämtern gemeldeter Arbeitsloser beziehen Unterstützung durch die

	Versicherung	Krise	Wohlfahrt	gar nicht
30. April 1932:	1 232 000	1 675 000	2 000 000	630 000
30. April 1931:	1 007 000	902 000	985 000	560 000
Abnahme 1932 gegen 1931:	225 000	773 000	1 015 000	70 000
Zunahme	—	773 000	1 015 000	250 000

Wir sehen also neben der gewaltigen Zunahme der Zahl der Erwerbslosen überhaupt einen sehr starken „kalten Abbau“ der Unterstützungen.

Nun behauptet die „Bergwerkszeitung“ (was die „SAZ“ ja schon oft festgestellt hat), daß längst nicht alle Erwerbslosen bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, so daß die Erwerbslosenzahl wesentlich über der von der Reichsanstalt angegebenen Ziffer liegt. Diese Behauptung belegt das Unternehmerblatt mit überraschenden Zahlen.

Die Zahl aller in Arbeit befindlichen Lohn- und Gehaltsempfänger wird sehr genau wiedergegeben durch die Statistiken der Krankenkassen, weil eben jeder Arbeitnehmer oder so gut wie jeder Arbeitnehmer bei den Krankenkassen gemeldet ist. Es müßte also der Abgang von versicherten Arbeitnehmern dem Zugang an verfügbaren Arbeitslosen entsprechen, so daß die Summe von Versicherten plus Arbeitslosen gleich bleiben müßte. (In Wirklichkeit müßte sie von Jahr zu Jahr langsam wachsen, weil trotz des Geburtenausfalls infolge des Krieges, der sich bei den Schulentlassenen erstmals 1930 voll bemerkbar machte, der Zugang an jungen Arbeitskräften den natürlichen Abgang infolge Tod oder Arbeitsunfähigkeit übersteigt, und zweitens infolge der rapiden Proletarisierung des Mittelstandes.)

In Wirklichkeit sehen die Zahlen so aus:

	(Zahlen in Tausend)	Verfügbare Arbeitslose	Summe der proletarischen Arbeitskräfte
Beschäftigte Arbeitnehmer nach den Angaben der Krankenkassen		Reichsanstalt	Arbeitskräfte
31. März 1930:	16 293	3 096	19 389
31. März 1931:	14 092	4 744	18 836
31. März 1932:	11 974	6 034	18 008
Veränderung 1932 gegen 1931:	- 2 118	+ 1 290	- 828
Veränderung 1932 gegen 1930:	minus 4 319	plus 2 938	minus 1 381

Es haben also innerhalb zwei Jahren mindestens 1 381 000 Erwerbslose darauf verzichtet, sich bei den Arbeitsämtern überhaupt zu melden. Diese Zahl ist in Wirklichkeit viel höher, da sicher schon Ende März 1930 viele hunderttausende Erwerbsloser sich nicht mehr gemeldet haben, ferner infolge der natürlichen Vermehrung der proletarischen Elemente sowie infolge der Proletarisierung von Mittelständlern, die sich sicherlich alle auf den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern gemeldet haben. Wenn man die Zahl der schon 1930 nicht gemeldeten sowie die der neuhinzugekommenen proleta-

rischen Arbeitskräfte mehr niedrig mit je 300 000 schätzt, kommt man zu einer Zahl von nicht gemeldeten Erwerbslosen von zwei Millionen, und zu einer (auch von der „Bergwerkszeitung“ geschätzten) Gesamtzahl von 8 Millionen Erwerbslosen!

Zum Ruhr-Schiedsspruch

Zu dem von uns bereits gemeldeten Schiedsspruch für den Ruhrbergbau ist noch nachzutragen, daß der Schiedsspruch wohl eine zwei-monatliche Verlängerung des Lohns voraussetzt, aber daß es sich beim Manteltarif nicht nur um „einige Änderungen“, sondern um einen Abbau des Urlaubs von 30 Proz. handelt.

Wie jetzt gemeldet wird, haben die Zechenbesitzer den Schiedsspruch für den Manteltarif angenommen, den für den Lohn abgelehnt. Die Gewerkschaften dagegen umgekehrt den Manteltarif abgelehnt und dem Lohn zugestimmt. Die Nachverhandlungen werden wahrscheinlich die Verbindlichkeitserklärung beider Schiedssprüche bringen.

Aufnahme von Arbeitslosen in die Gewerkschaften

Vom Verband der Bergbauindustriearbeiter beschlossen

Vorstand, Beirat u. Kontrollausschuß des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes beschlossen:

„Mitglieder des Bergbauindustriearbeiterverbandes können ab 1. Juni nicht nur die Arbeiter werden, die in der Bergbau- und Salinenindustrie beschäftigt sind, sondern auch solche Arbeiter, die in diesen Industrien beschäftigt waren, zur Zeit aber arbeitslos sind. Auch solche Jugendlichen können Mitglieder des Verbandes werden, die zwar noch keine Berufswahl getroffen haben, aber gewillt sind, in der Bergbauindustrie Beschäftigung anzunehmen.“

Diese Jugendlichen zahlen kein Eintrittsgeld, sofern sie sich innerhalb eines halben Jahres nach ihrer Schulentlassung zur Aufnahme melden. Die Arbeitslosen zahlen gleichfalls kein Eintrittsgeld. Der Verbandsbeitrag für die während der Arbeitslosigkeit aufgenommenen Mitglieder beträgt 5 Pf. pro Woche; zu diesem Beitrag können die Bezirke noch einen Bezirksbeitrag in gleicher Höhe erheben. Die während ihrer Arbeitslosigkeit dem Verbandsbeitragslosen Mitglieder haben nur Anspruch auf einfachen Rechtsschutz und Lieferung des Verbandsorgans.“

Mit diesem Beschluß hat der Bergbauindustriearbeiter-Verband als erste freie Gewerkschaft unter dem Druck der Verhältnisse (großer Mitgliederverlust, Fehlen jeglichen Einflusses auf die große Masse der arbeitslosen Bergarbeiter) einer alten Forderung der Gewerkschaftsopposition Rechnung tragen

Massenkündigung bei Aschinger

In der Aschinger-Zentrale wurden die Hälfte aller Angestellten und sämtliche Handwerker gekündigt. Von der Direktion wird dabei gar nicht verheimlicht, daß die Kündigungen nicht aus Arbeitsmangel und mit der Absicht, Entlassungen durchzuführen, erfolgen, sondern ausschließlich zu dem Zweck, die Angestellten und Arbeiter zur Anerkennung von allerlei Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu zwingen. Die Pläne der Direktion sind noch nicht in den Einzelheiten bekannt. Gerüchtweise verlautet, daß der Urlaub und die Urlaubentschädigung gekürzt und ganz beseitigt, ebenso der frühe Sonnabendschluß wegfallen soll. Außerdem sollen die Löhne und Gehälter abgebaut werden. Schon jetzt wird erklärt, daß, wer die diktatorischen Bedingungen der Direktion anerkennet, weiterbeschäftigt werden soll.

Die Aschinger A.-G. folgt nur den Spuren des Scharfmachers vom Excelsior-Hotel. Sie will die erst kürzlich neu festgesetzten Tarifbestimmungen im Gastwirtsgewerbe durch eine häusliche Diktatur verschlechtern. Geschlossen muß die ganze Aschinger-Belegschaft dagegen den Kampf aufnehmen. Sie wird dabei die wirksame und für Aschinger bestimmt sehr empfindliche Solidarität der ganzen Arbeiterschaft finden.

Nazi-Streikbrecher in den Wurstfabriken

Die Nazis leugnen bekanntlich entgegen den Tatsachen immer, daß sie Streikbruch verüben. In „Der Angriff“ und andere Hitlerblätter gebarden sie sich bei verschiedenen Anlässen als Freunde und Helfer der streikenden Arbeiter. Gelegentlich streiken auch Nazileute mit und demonstrieren das nach außen sehr deutlich. So auch jetzt beim Streik in den Berliner Wurstfabriken. „Der Angriff“ schrieb dazu, „daß Streikbruch das Erbarmlichste im Kampf um die Lebensrechte ist.“ Nun sind aber auch einige Wurstfabrikanten Mitglieder der NSDAP, so Herr Schmidt in der Firma Bruno Koschitz & Co. Der P.g. beschwerte sich bei der Hitlerführung. Erfolg: Die bisher streikenden Naziführer Bau-n-garten, Engel und vier weitere NSDAP-Mitglieder haben auf Befehl ihres Osnafs die Arbeit wieder aufgenommen, sind zu ganz gewöhnlichen Streikbrechern geworden.

Genossen, benutzt diese Tatsachen gegen die demagogische Naziagitator!

Unverschämte Schnüffelei

Triumphierend teilt die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung durch die Hugenberg-Tel.-Union mit, daß die Kontrolle der Arbeitslosen immer mehr verschärft werde und daß immer mehr Schnüffler für diesen Zweck angestellt werden. Vom 1. Oktober 1930 bis 30. September 1931 wären 400 000 Unterstützungsfälle im „Außendienst“, d. h. durch die bekannt widerliche Küchen- und Bettkontrolle „nachgeprüft“ worden. Bei 65 000 Fällen wäre es gelungen eine Herabsetzung oder Streichung der Unterstützung herbeizuführen und damit 3 1/2 Millionen Mark zu „ersparen“. Zieht man davon die über viele 100 000 Mark betragenden Gehälter und Unkosten für die Kontrolleure ab, dann bleibt gegenüber der Gesamtjahresausgabe der Reichsanstalt von etwa einer Milliarde Mark eine lächerlich geringe „Ersparnis“ übrig.

Eine Kontrolle der Arbeitslosen bei den Tausenden von Parasiten und Riechengelbts-beziehern in der oberen Bürokratie der RA wäre viel notwendiger. Hier wären bestimmt mehr „Ersparnisse“ herauszuholen.

Lohnabbau-Diktat

Auf den Schiffswerften

Hamburg, 31. Mai 1932.

Nachdem die Lohnstreitigkeiten auf den deutschen Seeschiffswerften ergebnislos geblieben waren, haben die Unternehmer jetzt von sich aus eine Senkung der Löhne mit Wirkung vom 6. Juni vorgenommen. Auf Anschlägen in den Werften wird mitgeteilt, daß diejenigen Arbeiter, die sich nicht mit dieser Lohnkürzung einverstanden erklären, entlassen werden müßten. Die zuständigen Arbeitnehmersverbände haben daraufhin die Zentralwerftkommission und die Verhandlungskommission für Donnerstag, dem 2. Juni, zu einer Sitzung nach Hamburg einberufen, um zu der Lage auf den Seeschiffswerften Stellung zu nehmen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstef, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montage. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Staats-Theater
Ober u. d. Linden
Mittwoch, 1. Juni 8 Uhr
Madame Butterfly

Volkshöhne
Tasch a. Bülowpl.
U 1 Norden 2941
Mittwoch, 1. Juni 8 Uhr:
Zum 1. Male
Die goldene Uhr

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Mittwoch, 1. Juni 8 Uhr
Musik zur Goethezeit

Schillertheater
Berlinerstr. 10
Mittwoch, 1. Juni 8 Uhr
Abschied von der Liebe

KINO FÜR JEDERMANN
Posdammer Str. 4, im Voxhaus, am Posdammer Platz B 1 Kurs. 2334

Ein steinreicher Mann
mit Paul Hörbiger, Dolly Haas, Kurt Böhl.

Ufa-Tonwochenschau und das große Tonhelpogramm.

Jugendliche u. Erwerbslose 0,40 RM.
Fügt ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 U. nachm. bis 11 U. nachts.
Einzlg. Tag- u. Nachtkino Berlin

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
2 Tonfilme:
Madame hat Ausgang
und
Neuaufführung
3 Tage Mittelarrest

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino

Ein bißchen Liebe für Dich
und
Ein stummer Film:
Variété des Lebens
Anfangszeit Sonntag: 3, 5, 7, 9 Uhr

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
2 Riesen - Schingerl
Renate Müller, Hermann Thimig in
Mädchen zum Heiraten
dazu
Kriminalreporter Hoim
mit Hermann Spelmann, Elga Brink, Harry Hardt

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Auf ständisches Verlangen Nur 3 Tage!
Marlene Dietrich, Hans Albers und Emil Jannings in
Der blaue Engel
Im gleichen Programm:
Der Held von Californien
mit Ken Maynard
3 Uhr große Jugendvorstellung (Sonntags) 6.30 und 9 Uhr.

M I L A Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Aufmarsch Ihrer Prominenten - Lieblinge in dem Doppelprogramm der aktuellen Zeitstätte:
Hasenklein kann nichts dafür
mit Jakob Tiedke, Lien Deyers, Joh. Riemann, Senta Sögeland, Hans Brausewetter, Albert Paullig, Jul. Falkenstein, Paul Westermeyer
dazu: Werner Fackterer
Die 4 vom Bob 13
mit Hans Junkermann, Peter Voss
jugendliche haben Zutritt.

KAUFHAUS SCHOCKEN

AUDIPHON-Selektionskreis
scharfer Wellentrenner, für jeden Apparat geeignet, leichte Anschaffung **285**
139 Inseratenform geschüht

Notzeit - Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seltenfüßel, nirgends so billig.
Militärschuhe 2,75, Stiefel 3,75, neue Schlafdecken 0,95, 1,65, Monteurjacken und Hosen 1,10, Militärunterhosen und Hemden 0,75 M., Laufschuhe 0,90 M., neue Arbeitssocken, englich Leder, 3,90 M., neue Schürschuhe Militärrart Voller (kein Spallfeder) 4,90 M., neue Militärschuhe, Ledersohle 1,20 M., Militär-Drelljacken 1,10, Hosen 1,10, in Windjacken 4,85, moderne Kletterwesten 4,90, neue feine Reinwollsocken 0,75, reinwollene Pullover 2,90, Trainingsanzüge 4,90, in Polohemden, lange Ärmel 1,95 M., Alles zum Ausschauen. Militärröcke für Arbeitszwecke 2,80 M., neue Hosen, gebrauchte Hosen 2,50 M., Manchesterhosen 5,75, in Körperbarchent-Arbeitshemden 1,95, in Sporthemden, fester Kragen, mit Krawatte 2,90, Zeitbahnen, Zeile, Wanderartikel, Rucksäcke, neue Lederjacken, Schloßhemden, Packerhosen, Arbeitsmittel, Brecheshosen 4,90. Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. Umtausch gestattet. Einzelverkauf. Stegmann Schwarz, Bekleidungsverband 3, Berlin N 65, gegenüber Bahnhof Wedding, Lindower Straße 18/19.

Kauft Gutscheine
Stärkt den Prosselonds

Kleines Theater
Unter den Linden 44
8.30 Uhr
Der Mann, den sein Gewissen trieb
von Maurice Rostand
Am 2. und 3. Juni
Geschlossene Vorstellung.
Vorzeiger dieses Inserats erhalten auf Plätzen von 2 M. an 50% Ermäßigung.

Theater des Weddings
Müller- Ecke Sellenstraße
Chauffeur Antoinette
dazu:
Hygiene der Ehe

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Mädchen zum Heiraten
und:
5 von der Jazzband